KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG

Nr. 5/73

MLS-WIEN



POLITISCHE REPRESSION IN DER BRD

I N H A L T

Anmerkung zu Seite 26 ff.:
MSB ist die Abkürzung für den Marxistischen Studentenbund in Salzburg.

Berichtigung:
Der "Bericht über den 1. Mai"(Seite 7) ist nicht aus der "Wahrheit" sondern aus der "Roten Fahne" 20/73.

T E A C H - I N D E R M L S Z U R
H O C H S C H U L R E F O R M I N
Ö S T E R R E I C H Mitte Juni

JAHRESABONNEMENT DER KOMMUNISTISCHEN HOCHSCHULZEITUNG (mindestens 8 Nummern) Preis: S 40,-- Bestellungen sind zu richten an:
MARXISTISCH-LENINISTISCHE STUDENTENORGANISATION,
1070 WIEN, WESTBAHNSTRASSE 7/8, Tel. 93-31-79 (Mo.-Fr. v. 14-18h)

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Vervielfältiger u. Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation; für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider, alle 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8

EDITORIAL

Ein Schwerpunkt dieser Nummer liegt im Kampf gegen die monopolkapitalistische HS-Reform und ihre Auswirkungen auf die Studenten. Sie wird von der SPÖ als geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse durchgeführt. Den volksfeindlichen Charakter ihrer Politik versucht diese Partei hinter dem Schlagwort von der "Modernisierung Österreichs" zu verbergen. Es ist daher nötig, sich volle Klarheit über den Klassencharakter dieser Partei zu verschaffen, zu zeigen, daß sie eine bürgerliche Partei ist, aber nicht bloß eine bürgerliche Arbeiterpartei (wie in der 1.Republik), die an den Interessen der Arbeiterklasse anknüpft und diese in ihre reformistische Sackgasse führt, nicht mehr "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus", nicht mehr Helfershelfer der Kapitalisten in der Arbeiterklasse, sondern selbst politischer Sachwalter des Monopolkapitals. Hier muß vor allem der opportunistischen Haltung der Revisionisten und Trotzkisten entgegengetreten werden, die den ideologischen, politischen und organisatorischen Ablösungsprozeß breiter Teile der Arbeiterklasse und des Volkes von der SPÖ zu hintertreiben versuchen.

Um ihren noch immer bestehenden politischen und ideologischen Einfluß auf größte Teile der Arbeiterklasse und andere Teile des Volkes weiterhin aufrecht zu erhalten, ist die SPÖ bestrebt soziale Demagogie zu betreiben, um ihren Klassencharakter zu verschleiern. Auf der HS zu Beispiel versucht sie, den Studenten die Reform als progressive Errungenschaft gegen die reaktionären Professoren zu verkaufen. Dabei findet sie bei den Agenten der Reform auf HS-Boden, der ÖSU und dem VSSTÖ, volle Unterstützung. Der VSSTÖ unterscheidet sich von der ÖSU nur dadurch, daß er der gleichen HS-Politik ein linkes Mäntelchen umhängen möchte. Seine Aufgabe ist es, durch Erfindung eines sogenannten "Rechtskartells" die SPÖ als progressive Kraft darzustellen, die es von links anzuschieben gälte.

Doch inzwischen bekommen immer mehr Studenten die Nachteile der monopolkapitalistischen HS-Reform am eigenem Leib zu spüren. Auf dem Historischen Institut z.B. haben die RFS-ler gemeinsam mit den Professoren einen reaktionären Studienplan beschlossen. Sie haben damit besonders drastisch gezeigt, worauf die HS-Reform hinausläuft und wozu die Mitbestimmung dient: Die Studenten sollen über die Verschlechterung der Studienbedingungen "mitbestimmen", sie sollen sie selber beschließen.

Am Pädagogischen Institut haben reaktionäre Professoren in Übereinstimmung mit den HS-Reformern ein "Proseminar neuen Typs" eingeführt. Es hat sozusagen Versuchscharakter, um die Möglichkeiten der Studienbeschleunigung auszuloten: Unter permanentem Prüfungsdruck soll "das den Studierenden zumutbare Arbeitquantum, das von einem fleißigen und begabten Studierenden bewältigt werden kann", (HS-Bericht 1972) herausgefunden werden. Aber der Kampf gegen die HS-Reform kann nicht erfolgreich sein, wenn die Studienverschärfungen isoliert gesehen wird, wenn nicht für die Masse der Studenten der Zusammenhang zwischen Organisation und Inhalt der Ausbildung und der Klassenherrschaft des Kapitalismus deutlich gemacht wird, wenn der Kampf nicht als Kampf gegen die Ausbildung im Dienste des Kapitals geführt wird.

Deshalb wird die MLS Anfang Juni ein Teach-in über die HS-Reform abhalten. Dort soll neben einer ausführlichen Information über die objektiven Ursachen und den bisherigen Verlauf der Reform vor allem darauf eingegangen werden, mit welcher Stoßrichtung und mit welcher Perspektive der demokratische Kampf dagegen geführt werden muß.



Berichtigung:

Entgegen unserer Ankündigung in KHZ Nr.4 kann der 2.Teil des Artikels "Die Aufgaben der revolutionären Bewegung im Iran" erst in der KHZ Nr.6, September 1973, erscheinen. Zum ersten Teil müssen wir folgende Be-

richtigung bringen: Auf Seite 50 muß statt "die Reformen haben aber unter den revolutionären Kämpfern im Iran einige Meinungsverschiedenheiten hervorgebracht - es gibt noch keine richtige Analyse der nach der Reform eingetretenen komplexen Verhältnisse" heißen "...es gibt noch keine endgültige Analyse...".

POLITISCHE REPRESSION IN DER BRD

Am Dienstag, den 15. Mai überfielen schwer bewaffnete Polizisten, Kriminalbeamte und Agenten der Bundesanwaltschaft die Büros der Kommunistischen Organisation Rote Fahne (KPD) in Dortmund, die Büros der ihr angeschlossenen Organisationen KSV (Kommunistischer Studentenverband) und der Liga gegen den Imperialismus in Köln, Aachen und Westberlin sowie die Buchhandlung "Internationale" in Westberlin. Mit Maschinenpistolen im Anschlag drangen die Polizisten in zahllose Wohnungen ein, durchwühlten sie und verhafteten führende Genossen, unter anderem Jürgen Horlemann. Überall wurden widerrechtlich Geldkassetten aufgebrochen, Redaktionsmaterialien, Büromaschinen, Briefverkehr, Buchhaltungsmaterialien sowie Agitations- und Propagandamaterial beschlagnahmt. Die politische Polizei, die auf Anweisung von höchster Stelle unter Ausschaltung regionaler Kräfte vorging, hat sich die Springerpresse zu ihren Aktionen gleich mitgenommen: Nach einer Hausdurchsuchung übergab sie den Bild-Reportern die Türklinke in die Hand.
Als formale Handhabe für diese frechen Überfälle der Staatsgewalt dienen Durchsuchungs- und Haftbefehle aufgrund des § 129 des deutschen StGB, wonach gegen politische Organisationen und deren Mitglieder vorgegangen werden kann, wenn der "Verdacht" besteht, daß das Vereinigungen sind, "deren Zweck und Tätigkeit darauf gerichtet sind, strafbare Handlungen zu begehen". Dieser Gummiparagraph ist gerade dazu geschaffen, fortschrittliche Organisationen zu illegalisieren. Und ein geeigneten Anlaß findet sich bald. Denn diese Überfälle waren nur der vorläufige Höhepunkt einer beispiellosen Hetz- und Verfolgungskampagne gegen diese kommunistischen Organisationen:
Schon Anfang April, als tausende Demonstranten in Bonn gegen den Besuch des Henkers Thieu in der BRD protestierten, griff die Polizei mit unerhörter Brutalität ein. Man kann über die Zweckmäßigkeit dieser Rathausbesetzung seine Zweifel haben, jedenfalls ist es bezeichnend, wie Polizei mit Tränengasgranaten, Wasserwerfern und Plastikschildern zum Sturm auf die Demonstranten einsetzte. Ein schwerverletzter Genosse – ein Polizist hatte ihm einen Pflasterstein ins Gesicht geworfen, sodaß er einen Nasenbeinbruch erlitt – wurde im Krankenhaus über eine Stunde lang nicht behandelt. Man setzte ihn statt dessen auf einen Stuhl und fotografierte ihn von allen Seiten.

Daraufhin setzte eine ungeheure Hetzkampagne in den bürgerlichen Massenmedien ein. Der Nordrhein-westfälische Innenminister Weyer erließ ein generelles Demonstrationsverbot. Da der Tätigkeitsbereich der Gruppe Rote Fahne über Nordrhein-Westfalen hinausreicht, konnte er kein Verbot der Gruppe aussprechen. Trotzdem gelang es, dieses Demonstrationsverbot bei den 1. Mai-Veranstaltungen in Dortmund und Frankfurt zu durchbrechen.
Der neuerliche Schlag gegen die "Rote Fahne" soll nun endgültig "Beweismaterial" liefern, um die Behauptung zu erhärten, die Gruppe sei eine verbrecherische Vereinigung und sie so illegalisieren zu können. Begleitet und gestützt werden diese Maßnahmen durch das Geheul der bürgerlichen Journaille. Bisher einmalig in der Nachkriegszeit war, daß sich die gesamte Presse, von Bildzeitung, Bayernkurier (Franz Josef Strauss!) über Frankfurter Rundschau bis zum "Neuen Deutschland" (DDR) einig war in der Übernahme der Polizeikommuniques, und die Rote Fahne als "Geheimbund" und "kriminelle Vereinigung", Teil einer "Weltverschwörung diffamieren will.

Die erste und zweite Verfolgungwelle

Die Ursachen für diese Hetze sind aber keineswegs in der spektakulären Bonner Aktion dieser Organisationen zu suchen.*

Vielmehr ist diese Hetze nur der neuerliche und bisher schärfste Ausdruck einer Verfolgungswelle durch den bürgerlichen Staat, die sich gegen die gesamte demokratische Bewegung richtet. Denn seit einigen Jahren zeigen sich in der BRD neue Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk, die die politische Friedhofsruhe der späten Fünfzigerjahre und der frühen Sechziger jahre zunehmend stören. Gleichzeitig geht die herrschende Klasse mit großer Entschlossenheit gegen diese Bewegung vor, versucht sie rechtzeitig zu zerschlagen und den Staat als ihr entscheidendes politisches Kampf- und Unterdrückungsmittel zu festigen. Dabei schafft sie sich einerseits legislative Möglichkeiten und führt die nötigen administrativen Maßnahmen durch, andererseits startet sie einen großangelegten Propagandafeldzug, um über den volksfeindlichen Charakter ihrer Aktivitäten hinwegzutäuschen.
Diese Verfolgungswelle ist bereits die zweite in der Geschichte der BRD. Die erste hatte gleich mit der Gründung des westdeutschen Staates begonnen. Ihr Ziel war die Zerschlagung der demokratischen und antifaschistischen Bewegung, um Westdeutschland wieder in das imperialistische Weltsystem einzugliedern. Nach Naziterror und 6 Jahren imperialistischem Weltkrieg hatte das deutsche Volk schließlich genug vom Kapitalismus. Aber nur durch die restlose Restauration der Diktatur der Bourgeoisie konnte die BRD zu einem brauchbaren Agenten der Expansionsbestrebungen der US-Imperialisten ge-

*Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels, eine genaue Einschätzung der Politik dieser Gruppe zu liefern und bestehende Differenzen zu ihr darzulegen. Vielmehr geht es um die Darstellung der Repressionen gegen die demokratische und kommunistische Bewegung und insbesondere um die Solidarisierung mit einer direkt davon betroffenen kommunistischen Organisation.

macht werden. Es ist ja auch kein Zufall, daß die ärgsten Verfolgungsexzesse des Adenauer-Regimes zeitlich mit dem Aggressionskrieg gegen Korea zusammenfallen.

Um die demokratische und kommunistische Bewegung zu zerschlagen wurde die teilweise begonnene Entnazifizierung wieder rückgängig gemacht. Kommunistische Gewerkschafter wurden massenhaft aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Gleichzeitig wurde der ganze Staatsapparat von Angehörigen der KPD und anderen forstschrittlichen Kräften "gesäubert". Die alten Nazis, die Repräsentanten der Monopolbourgeoisie, kamen wieder zu Amt und Würden. Schlag auf Schlag folgten die Verfolgungsmaßnahmen. Die Remilitarisierung Deutschlands war ein wichtiger Punkt der Expansionspläne der Imperialisten. Wer sich dagegen stellte, wie die kommunistische FDJ (Freie Deutsche Jugend), die sich an einer angeblich verfassungswidrigen Volksabstimmung gegen die Wiederaufrüstung beteiligte, wurde verboten. Auch die KPD, die erst 1956 durch den Verfassungsgerichtshof verboten wurde, ist schon Jahre früher mit eilig zurechtgebastelten Gesetzen zerschlagen worden.
Diese Maßnahmen haben erst die ungestörte Entwicklung des Kapitalismus ermöglicht. Diese Verfolgungen sind die Kehrseite des "Wirtschaftswunders", sie zeigen, was für Wunder hier für welche Wirtschaft verrichtet wurden. Sie konnten nur durchgeführt werden, weil die damalige CDU Regierung in der SPD und der Gewerkschaftsspitze einen willigen Komplizen fand. Nur deshalb, weil die SPD und die DGB Führung politisch von vornherein auf der Seite des Imperialismus standen, konnten die Kapitalisten der Arbeiterklasse jene Niederlage bereiten, die demkapitalistischen Aufbau der BRD zugrunde lag. Wenn also die gegenwärtige Verfolgungswelle nichts neues ist, so sind es doch spezifische objektive Gründe, die die Bourgeoisie zwingen, mit ihrer "demokratischen" Herrschaftsform immer mehr aufzuräumen, und immer offener ihr gewalttätiges Wesen zu enthüllen.
Es ist dies das Ende einer langen Periode relativ rascher und krisenfreier Kapitalakkumulation nach dem 2. Weltkrieg, die Vollbeschäftigung und eine Verbesserung der materiellen Lage der Lohnabhängigen im Inneren brachte. Diese vorübergehend rosige Entwicklung des deutschen Kapitalismus bildete die materielle Grundlage für die erfolgreiche politische und ideologische Fesselung der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie.

Die Krise von 1966/67 signalisierte das jähe Ende der Periode des "Wirtschaftswunders". Nicht nur in der BRD, in allen imperialistischen Ländern wird das Märchen von der krisenfreien Entwicklung des Kapitalismus zerstört. Ursache und Folge der Verwertungsschwierigkeiten der nationalen Kapitale ist die verschärfte Konkurrenz am Weltmarkt. Jetzt muß der BRD Imperialismus alle seine Kräfte aufbieten, um sich seinen Konkurrenten, v. a. dem US-Imperialismus gegenüber behaupten zu können. Das kann er nur, wenn er die Kosten der Krise auf das Volk abwälzt. Dazu muß er sich die Arbeiterklasse seines Landes gefügig machen.
Der Imperialismus ist deshalb gezwungen, die Lebensbedingungen des ganzen Volkes zu verschlechtern. Damit läuft er aber Gefahr, seine ideologische Herrschaft über das Volk zu untergraben - die Grundlage der bürgerlichen "Demokratie", des Parlamentarismus. Anstelle des frommen Volksbetrugs zugunsten des Profits muß zunehmend offene Gewalt treten.
Der Imperialismus und seine Geschäftsträger, die bürgerlichen Parteien, müssen die ohnehin spärlichen demokratischen Rechte des Volkes einschränken, müssen das Volk immer offener unterdrücken. Doch wo Unterdrückung herrscht, da gibt es Widerstand. Und so ruft jede Repression, die ja Reaktion auf die demokratische Bewegung ist, eben diese Bewegung in immer stärkerem Maße hervor. Die herrschende Klasse verstrickt sich in Widersprüche, an denen sie schließlich zugrunde gehen wird.

Die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes

In der BRD versuchen die Kapitalisten seit Mitte der Sechzigerjahre, mit Hilfe von Gesetzen, die "legale" Basis zu schaffen, um das Volk zu unterjochen. Eine der ersten Maßnahmen in dieser Richtung waren die NOTSTANDSGESETZE, die den Einsatz der Bundeswehr in Streikkämpfen und gegen



Bundeskanzler Brandt erklärte 1969: "Wir wollen mehr Demokratie wagen."

Massenbewegungen vorsehen.
Weitere wichtige Gesetze sind:
- Das Neubauersche Handgranatengesetz, das die Polizei als Bürgerkriegsarmee legalisiert.
- Das Bundesgrenzschutzgesetz, nach dem der Bundesgrenzschutz "in Fällen von besonderer Bedeutung", z.B. "Großveranstaltungen" und "Staatsbesuche" zum Einsatz kommen kann, ohne daß erst der innere Notstand erklärt werden muß.
- Das Verfassungsschutzgesetz sieht die verstärkte Bespitzelung ausländischer wie deutscher Arbeiter und Studenten vor.
- Das Haftrecht wurde verschärft: Unter dem Namen "Haftgrund der Wiederholungsgefahr" werden die alten Vorbeugehaft-Pläne verwirklicht, die ursprünglich schon im Zuge der Notstandgesetze verabschiedet werden sollten. Vorbild dafür ist die von den Nazis vor allem gegen Kommunisten und fortschrittliche Gewerkschafter angewandte "Schutzhaft".

Diese gesetzgeberischen Aktivitäten, großteils seit Mitte vorigen Jahres in Kraft, laufen alle unter dem Schlagwort "Innere Sicherheit". Sie sind meist nur der Abschluß schon eingeleiteter administrativer Maßnahmen und sollen den staatlichen Terror im Nachhinein legalisieren. Außer diesen Maßnahmen, die die bewaffnete Unterdrückung des Volkes erleichtern sollen, wird auch die alltägliche politische Repression verschärft. Das deutlichste Beispiel dafür ist das neue Betriebsverfassungsgesetz (seit 1972). Denn jetzt werden die politischen Rechte der Arbeiterklasse noch weiter eingeschränkt, als im alten Adenauer BVG. Es soll jede organisierte Interessensvertretung der Arbeiter im Betrieb ausgeschaltet werden. Friedenspflicht, Schweigepflicht und das Verbot politischer Betätigung für den Betriebsrat werden aufrechterhalten und noch verschärft. Nach dem neuen BVG muß der Betriebsrat alles unterlassen, was den Betriebsfrieden und den Produktionsablauf auch nur beeinträchtigt. (!) Verboten ist also nichts anderes, als sich für die Interessen der Arbeiter konsequent einzusetzen. Doch diese legistischen Maßnahmen sind nur die eine Seite. Die andere ist die ideologische Offensive der Bourgeoisie, die den erforderlichen Flankenschutz leisten soll. Es ist eine verschärfte Hetzkampagne gegen die demokratische Bewegung, eine ideologische Vorbereitung auf die zunehmende Reaktion. Seit die Massen - durch die Tatsachen überzeugt - immer weniger an das Ammenmärchen vom krisenfreien und demokratischen Kapitalismus glauben, versucht die Bourgeoisie sie mit ihrem "Kampf gegen den Terrorismus" von ihren wahren Interessen abzulenken. Sie versucht einen Popanz von linken Verbrecherbanden aufzubauen, gegen den die Empörung des Volkes zu richten sei und vor dem das Volk mit Polizeimaßnahmen geschützt werden müsse. Als Vorwand für diese Manöver diente ihr v.a. das Treiben der anarchistischen Baader-Meinhof-Gruppe, deren Aktionen sicher schädlich und massenfeindlich sind, die aber immerhin eine - falsche und kleinbürgerliche Auflehnung gegen den staatlichen Terror darstellen. Zudem gehen eine Menge von Anschlägen, die ihr zur Last gelegt werden, auf Konto von bezahlten Provokateuren und Polizeispitzeln. Die Presse stellte die Gruppe als Bande von wahnsinnigen Verbrechern dar, die aus Raserei den Wohlfahrtsstaat des Bundesbürgers zu zerstören trachten. Die Bevölkerung wurde so lange vom Terroristen-Geschrei der Massenmedien eingeschüchtert, bis sie sich anstandslos in die brutalste Einschränkung aller Freiheiten fügte, z.B. letzten Sommer, als Stuttgart einem Polizeilager glich und faktisch der Ausnahmezustand herrschte.

Der Terror der Bourgeoisie

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus, hat auch die Zahl der staatlichen Morde erschreckend zugenommen. Die bürgerliche Presse verschweigt diese Fakten oder beschönigt sie:



Petra Schelm ...

- 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg während einer Anti-Schah-Demonstration erschossen. Der Polizist Kurras, der den Mord auf dem Gewissen hat, wurde wegen der "unübersichtlichen Lage", in der er aus "Notwehr" handelte, freigesprochen. Übrigens, Ohnesorg ist durch Kopfschuß von hinten getötet worden.



... Opfer der Polizeiwillkür

- Juli 1971. Petra Schelm (Baader-Meinhof) wurde nach einer heftigen Verfolgungsjagd in Hamburg ohne vorherige Warnung von hinten erschossen.
- am 4. Dezember 1971 wurde Georg von Rauch durch einen Westberliner Polizeibeamten ermordet. Als er erschossen wurde, stand er mit erhobenen Händen an einer Hauswand. Er war unbewaffnet und wurde von einem bewaffneten Polizisten in Schach gehalten. Das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten, der die tödliche Kugel abfeuerte, wurde inzwischen wegen "Notwehrsituation" eingestellt.

Alle diese Erschießungen, -nur ein kleiner Ausschnitt aus der letzten Zeit - zeigen, daß der Terror in Westdeutschland wirklich wächst, aber nicht ein angeblicher "Terror von links", sondern der Terror des kapitalistischen Staates.
Ebenfalls zu terroristischen Maßnahmen zur vorgeblichen Bekämpfung eines vorgeblichen Terrorismus griffen die Kapitalisten, als sie das reaktionäre Ausländergesetz noch schärfer anwandten als sie v. a. gegen arabische Kollegen unter Mißachtung aller Menschenrechte vorgingen, sie in ihre Heimatländer auswiesen, wo sie mit Sicherheit Gefängnis oder gar der Tod erwartete, als sie schließlich das Verbot der Massenorganisationen der palästinensischen Arbeiter und Studenten GUPS und GUPA aussprachen.
Auch diese Willkür sind keine "sinnlosen" Schikanen und daher innerhalb des Kapitalismus zu beseitigen, sondern der BRD-Imperialismus ist ökonomisch gezwungen sich seine Einflußsphären im Nahen Osten zu erhalten. So bedeutet Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie. Immer weniger ist er in der Lage, Teile der Arbeiteklasse zu bestechen und durch gewisse Konzessionen dem Druck des Proletariats auszuweichen. So wird der Widerstand der Arbeiterklasse stärker, im ganzen Volk entstehen demokratische Bewegungen. Weil die Bourgeoisie diesen ideologischen Abspaltungsprozeß nicht mehr verhindern kann, greift sie zu Verboten.

Berufsverbot

Anfang vorigen Jahres wurde begonnen, bereits praktizierte Hinauswürfe und Anstellungsverweigerungen für fortschrittliche Beamte und Lehrer zu legalisieren. Auf Bundesebene wurde ein "Antiradikalenbeschluß gefaßt. Die Ministerpräsidenten der Länder und FDP-Innenminister Genscher erließen die "Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst". Dieser Erlaß richtet sich angeblich gegen "Radikale" von rechts und links. Aber all die Fälle, in denen er angewandt wurde, zeigen klar, worum es wirklich geht: Demokratische und sozialistische Kräfte sollen im Schul- und Hochschulbereich, im öffentlichen Dienst sowie in der Justiz ausgeschaltet werden. Weil aber selbst dieses Gesetz den Herrschenden zu weitmaschig war, gaben einige Bundesländer noch zusätzliche Durchführungsbestimmungen heraus. So sieht der Erlaß des Baden-Würtembergischen Innenministers Schieß vom Jänner 73 die totale staatliche Willkür vor. Jeder Bewerber wird einer umfassenden Kontrolle unterzogen. Er wird gezwungen zu unterschreiben, daß er "jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes" eintritt. Ferner "sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen". Die ganze Struktur der Verordnung weist darauf hin, daß die Bourgeoisie eine Art Selbstregulierung des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Institutionen anvisiert. Jeder soll den anderen bespitzeln, dessen Äußerungen überwachen und ihn beim Vorgesetzten anschwärzen. Es war ja immer schon eine beliebte und bewährte Methode der herrschenden Klasse, Teile des Volkes gegeneinander aufzuhetzen, um zu verhindern, daß die Gemeinsamkeit der Interessen der Masse des Volkes an einem menschenwürdigen Dasein und der freien Bestimmung seiner wirklichen Interessen einen organisierten Ausdruck finden kann. In dieser Tradition steht auch das Berufsverbot und diese besonders hinterhältige Zusatzverordnung.

SPD und CDU: Einig in der Verfolgung kommunistischer Organisationen

Richten sich also die meisten Maßnahmen ganz allgemein gegen jede demokratische und kommunistische Bewegung, so versucht in letzter Zeit der Staat immer mehr dazu überzugehen, auch die Organisationen zu zerschlagen. Denn die herrschende Klasse weiß, daß die Zwangsgesetze der kapitalistischen Ausbeuterordnung selbst immer wieder kämpferische Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk hervorbringen wird. Deshalb müssen die Organisationen frühzeitig zerschlagen werden, die diese Kämpfe unterstützen, sie zusammenfassen und unter der Führung der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie anleiten. So hat auch der "Kampf gegen den Terrorismus" eine Wandlung erfahren. Nach der Vernichtung der Baader-Meinhof-Gruppe geht es jetzt gegen die "Sympathisanten der Terroristen", gegen ihre "geistigen Helfershelfer" und den ganzen "linken Sumpf". Dabei richten sich die Angriffe immer deutlicher gegen die kommunistischen Gruppen die sich zunehmend im Proletariat und den anderen Teilen des Volks verankern. Juridische Grundlage aller Angriffe ist das KPD-Verbot von 1956, mit Hilfe dessen auch der SDS Heidelberg, der den Zerfall des Bundesvorstands überlebt hatte, 1970 verboten wurde.
Im September vorigen Jahres stellte die Bremer CDU-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag auf Überprüfung eines Verbots gegen den Kommunistischen Bund Bremen. An diesem Verbotsantrag läßt sich exemplarisch die Rolle der verschiedenen Parteien aufzeigen. Dabei zeigt sich, daß die SPD genauso wie die CDU eine Partei des Monopolkapitals ist, daß es höchstens taktische Differenzen zwischen den beiden gibt, wie man die demokratische Bewegung und die kommunistischen Organisationen am zweckmäßigsten liquidiert. Die SPD, die ja Bundesweit die Maßnahmen zur "inneren Sicherheit" der Bourgeoisie durchführt, betonte in Bremen, daß ohnehin schon seit Frühjahr von Staats wegen eine Ermittlung um die Frage, ob der KBB eine kriminelle Vereinigung ist, liefe. Sie lehnte nicht den Antrag, aber die Dringlichkeit ab. Denn sie ist der Meinung, daß "an erster Stelle die politische Auseinandersetzung stehe". Aus der Sprache der Demagogie ins Deutsche übertragen heißt das, daß sie zuerst einmal versuchen will, die Kommunisten politisch zu isolieren und, wenn das nicht gelingt, daß ihr dann jedes Mittel recht ist, die ach so " freiheitlich-demokratische Grund-

ordnung" zu verteidigen. Diesen Umweg müsse man wählen, weil sonst die Gefahr bestehe, "eine politisch unbedeutende Gruppe hochzuschaukeln".
Es ist daher zwecklos und illusionär die SPD als kleineres Übel zu bezeichnen, wie es die Revisionisten und alle anderen Opportunisten tun. Wie in Österreich ist auch die deutsche SP längst Sachwalter der Kapitalistenklasse geworden. Gemeinsam mit der CDU versucht sie, die politische Herrschaft der Bourgeoisie hinter dem Gerede von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verbergen, versucht sie zu verschleiern, daß gerade sie, die sich als "Hüterin der Verfassung" ausgibt, bedenkenlos alle angeblichen Rechte der bürgerlichen Demokratie wie Meinungsfreiheit , Pressefreiheit, freie Wahl des Arbeitsplatzes, freie politische und ge-

Bericht von der Polizeiwillkür bei den verbotenen 1.Mai-Demonstrationen der KPD/RF (siehe auch S.3)

Protokoll einer Festnahme am 1. Mai 73

Nachdem wir mit mehreren Genossen die Polizeikette am Steinplatz durchbrochen hatten, blieben ich und einige Genossen stehen, um zu sehen, wie die Polizei weiter vorgehen würde. Das erste, was ich sah, war, daß unmittelbar neben mir eine Genossin von mehreren Polizisten sehr brutal mit dem Gummiknüppel auf den Kopf geschlagen wurde und zusammenbrach. Als ich dagegen laut protestierte, wendeten sich zwei Polizeischläger gegen mich und versuchten, mich ebenfalls mit Knüppeln und Faustschlägen niederzumachen. Einen der Angreifer konnte ich abwehren und gleichzeitig flüchten. Der andere Polizist verfolgte mich und schlug mir mehrmals von hinten über den Schädel. Durch die vielen Schläge auf den Hinterkopf gelang es mir aber nicht, weit zu kommen, da mir schwarz vor Augen wurde und ich schließlich stehenbleiben mußte. Gleich stürzten sich mehrere Polizisten auf mich, und schmissen mich in einen bereitstehenden Polizeiwagen, der vorher schon hinter mir her gefahren war. Die Beiden, die mich vorher schon verfolgt hatten, stiegen mit ein, schauten sich mehrmals um, ob von Passanten oder Demonstranten auch keine Beobachtung gemacht werden konnte und schlugen erstmal wahllos mit ihren Knüppeln auf mich ein.

Später, als der Wagen das Gebiet Hauptbahnhof verlassen hatte, legte man mich auf den Wagenboden, trat mir von oben mit Stiefeln ins Gesicht und stellte dann den Stiefel in mein Gesicht, so daß ich mich nicht mehr bewegen konnte. Die ganze Zeit, vom Bahnhof bis zum Polizeipräsidium, schlug man jetzt gezielter auf mich ein: Hoben, Nieren, Magen, Kehlkopf, außerdem versuchte man, mir die Daumen hinters Ohr und in die Augen zu stecken. Kurz vor dem Polizeipräsidium hörten sie, wie vorhin schon erwähnt, mit diesen Prügeleien auf.

Sie setzten mich aufrecht in den Wagen und verlangten von mir, ich solle mir das Blut aus dem Gesicht putzen und außerdem gerade sitzen bleiben. Auf meine Antwort, daß ihnen diese Mißhandlungen teuer zu stehen kommen werden, lachten sie mich nur hämisch aus. Außerdem stieß ein Polizist eine glatte Morddrohung aus als er sagte (wörtlich):

„Am liebsten würde ich jetzt meine Knarre reinigen; dabei würde sich ein Schuß lösen, der dich treffen wird. Aber daß du was davon haben sollst, dafür würde ich sorgen, daß es ein Bauchschuß wird."

Im Hof des Polizeipräsidiums, nachdem man mich aus dem Wagen gezerrt hatte, forderte der gleiche Beamte seine Kollegen auf, die dort mit Hunden bereitstanden, die Hunde von der Leine zu lassen, damit sie mich, seine Worte, „dieses Schwein zerfleischen" sollten. Auf der Wache forderte man mich auf, meine Taschen zu leeren, und auf meine Forderung, daß man mich sofort einem Arzt vorführen sollte, und daß ich außerdem einen Rechtsanwalt verlange, lachte man mir ins Gesicht und gab mir zur Antwort: Ich sollte die Schnauze halten, sonst würde es mir dreckig gehen. Ich wußte mir nicht anders zu helfen, ließ mich einfach auf den Boden fallen und markierte den Besinnungslosen. Zuerst traten sie mir auf die Hände und in die Rippen mit der Aufforderung, ich sollte gefälligst aufstehen. Als ich dieser Aufforderung nicht nachkam, zogen sie mich, wieder unter Fußtritten, in eine leerstehende Zelle (Beruhigungszelle).

Erst dort, als ich mich übergeben mußte, nach mehreren Tritten in die Hoden, ließ man von mir ab. Nach etwa 3/4 Stunde schaute ein Polizeiarzt in meine Zelle, und dieser muß schließlich die Anweisung gegeben haben, mich in ein Krankenhaus zur Untersuchung zu bringen. Man forderte mich wiederum auf, aufzustehen und zum Wagen zu gehen. Dieser Aufforderung konnte ich mittlerweile schon nicht mehr nachkommen. Ich merkte, daß plötzlich so einige „Herren" ziemlich nervös wurden. Man hob mich auf und bot mir Wasser an. Schon nach zwei Schlucken mußte ich mich gleich wieder übergeben. Schließlich trug man mich zu einem VW Käfer und gab der Wagenbesatzung Anweisung, zum Krankenhaus zu fahren, um mich dort auf Haftfähigkeit untersuchen zu lassen.

Im Krankenhaus stellte man mich lediglich der anwesenden Empfangsschwester vor und verschwand. Der mich untersuchende türkische Arzt, der mich gleich nach dem genauen Sachverhalt ausfragte, war so wütend auf die Polizei, daß er laut rufend versuchte, die Polizisten noch zu erreichen, um sie zur Rede zu stellen. Diese gaben aus dem anfahrenden Auto nur die Auskunft, sie hätten mit der ganzen Sache nichts zu tun, und wüßten auch von nichts. Ich wurde dann sofort auf Station gebracht und dort auf Gehirnerschütterung und innere Verletzungen behandelt. Meine Zimmerkollegen waren über meinen Bericht am anderen Morgen äußerst empört. Das merkte man auch, als zwei Polizisten kamen, um mir meine persönlichen Sachen zu bringen. Mit dem heuchlerischen Wunsch „Gute Besserung", verließen sie ziemlich schnell wieder das Zimmer.

So liege ich also im Krankenhaus und freue mich auf den Tag, an dem ich entlassen werde und weiterkämpfen kann.

(aus "Wahrheit" 5/73)

werkschaftliche Betätigung und Freiheit der politischen Organisation außer Kraft setzt.

Die DKP-Revisionisten stellen sich auf den Boden der bürgerlichen Gesellschaft ! Die DKP-Revisionisten stehen offen auf der Seite der Bourgeoisie !

Und als Sachwalterin des Imperialismus muß die SPD zu diesen Zwangsmaßnahmen greifen, weil Imperialismus Reaktion bedeutet, weil seine ökonomischen Widersprüche sich immer wieder so zuspitzen, daß er in Konflikt auch mit der bürgerlichen Demokratie kommt. Da hilft es gar nichts, wenn man in das Gejammer der Revisionisten miteinstimmt, und den Verlust der demokratischen Rechte betrauert, wenn man empört feststellt, daß die Maßnahmen der Bourgeoisie mit dem Grundgesetz nicht übereinstimmen,ohne zu sehen, daß ja auch das Grundgesetz ein Gesetz von und für die Bourgeoisie ist, das sie, wenn es sich für ihre Zwecke als unbrauchbar erweist, fallenläßt.
Deshalb kann man auch den Abwehrkampf gegen die politische Repression der Bourgeoisie nicht wirksam führen als Kampf zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, nicht indem man der imperialistischen Repression die Ideale des Bürgertums entgegenhält und von der Bourgeoisie fromm ihre Verwirklichung erwartet. Wenn die Revisionisten überhaupt den Kampf gegen politische Unterdrückungsmaßnahmen führen, dann so, daß sie gegen "die Umdeutung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gemäß Artikel 2 GG in ein Recht auf kapitalistische Ausbeutung" (Zit. aus Rote Blätter, Organ des MSB Spartakus 4/72) zu Felde ziehen. Als ob zuerst das Recht da war, das von den bösen Kapitalisten gebeugt wird, und nicht zuerst die materiellen Produktionsverhältnisse, die kapitalistischen, deren Spiegel das Recht ist.
Doch in letzter Zeit, und vor allem, wenn die politische Repression sich gegen die Kommunisten richtet, wie im Falle des KBB und der Gruppe Rote Fahne (KPD), entlarven die Revisionisten völlig ihren bürgerlichen Klassencharakter: Sie stellen sich offen auf die Seite der Bourgeoisie und rechtfertigen deren Gewaltakte:
In Bremen haben die DKP.-Revisionisten es abgelehnt den gemeinsamen Kampf gegen den Antrag der CDU auf Verbot des KBB zu führen. Sie behaupteten frech, der KBB sei sowieso selbst schuld, er würde durch seine Flugblätter die Reaktion gar herausfordern. In ihrer Erklärung stellen sie den KBB auf eine Stufe mit der CDU. Sie haben damit bewiesen, daß die elementarsten Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes auf politische Organisationsfreiheit sie nicht im geringsten kümmert.

Zu den Überfällen auf die Gruppe Rote Fahne weiß die DKP nichts anderes zu sagen, als sie als "Schlägerbande vom Typ der faschistischen SA" zu bezeichnen.
Der Kampf gegen die politische Entrechtung muß frei von allen Illusionen über die Möglichkeit, die Demokratie innerhalb des Kapitalismus zu verwirklichen geführt werden, als Kampf um eine Gesellschaftsordnung, in der Demokratie für das ganze Volk erst gesichert ist, als Kampf für den Sozialismus. Der Kampf um einzelne Rechte muß diesem obersten Kampfziel untergeordnet werden, muß mit dem Ziel geführt werden, Kampfpositionen für den Sieg des Sozialismus zu erobern. Die heutige demokratische Bewegung in der BRD ist noch relativ schwach. Solange sie nicht unter der kommunistischen Partei steht, kann sie besonders leicht zerschlagen und irregeführt werden. Daher ist der Kampf gegen die politische Repression durch die herrschende Klasse heute zugleich der Kampf für den Wiederaufbau der KPD.

SCHLUSS MIT DEM ABBAU DEMOKRATISCHER RECHTE IN DER BRD !
SCHLUSS MIT DER UNTERDRÜCKUNG DER DEMOKRATISCHEN UND KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG IN DER BRD !
SCHLUSS MIT DEN VERSUCHEN DER SPD-FDP-REGIERUNG ZUR ILLEGALISIERUNG UND ZERSCHLAGUNG KOMMUNISTISCHER ORGANISATIONEN
SOFORTIGE FREILASSUNG DER GENOSSEN J. HORLEMANN UND U. KRANZUSCH UND EINSTELLUNG DER VERFAHREN GEGEN ALLE POLITISCH VERFOLGTEN !
VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES, VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SOZIALISMUS !



DIE DEMOKRATISCHE BEWEGUNG AM PÄDAGOGISCHEN INSTITUT

Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und Kritik der bürgerlichen Wissenschaft - zwei Seiten des Kampfes gegen die monopolkapitalistische Hochschulreform

Wie wir in der KHZ 1 berichtet haben, haben die Studenten am pädagogischen Institut den Kampf gegen die zunehmende Verschulung und Reglementierung des Studiums aufgenommen. Diese Bewegung entzündete sich anläßlich der Einführung eines Proseminars "neuen Typs", das zu 50% überhaupt aus Prüfungen besteht. Dadurch wird die Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten verhindert und die Auslesequote ungeheuer gesteigert, ganz im Sinne Firnbergs, die offen feststellte, daß die Studenten so früh als möglich erkennen sollen, ob sie für das Studium geeignet sind (d.h. ob sie den permanenten Prüfungsdruck aushalten oder nicht).
Inzwischen sind 2 Monate vergangen und manche Studenten haben zunächst den Eindruck gehabt, der Kampf im Proseminar 1 von Prof. Heitger auf dem pädagogischen Institut habe nach dem Boykott des ersten Tests mit einer Kapitulation geendet, weil die weiteren Tests nicht mehr boykottiert worden sind, weil die Gefahr der Spaltung der Studenten, in die, die den Test nachmachten und in die wenigen, die auf die Verweigerung der Tests beharrten, zu groß war, was die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und den weiteren Kampf gegen dieses Proseminar sehr erschwert hat.
In den Diskussionen der IG ist es gelungen, die Bedeutung der Verschärfungen politisch zu klären, indem sie die neuen Proseminarbestimmungen als Produkt der Hochschulreform unter der SP-Regierung begriff. Dieses Proseminar "neuen Typs" wird nämlich genau den Vorstellungen dieser Reform im Dienst der Rationalisierung der kapitalistischen Ausbildung gerecht: Erhöhter Leistungsdruck und Straffung des Studiums, um die Studenten zu zwingen, schneller fertig zu werden, damit die Kosten für die Ausbildung zugunsten der Profite der Kapitalisten verringert werden. Besonders deutlich zeigte sich aber, wozu die Verschärfung der Studienbedingungen neben der Senkung der Ausbildungskosten noch dient: die bürgerliche Wissenschaft soll überhaupt nicht mehr in Frage gestellt werden können, was zählt, ist die effektivere Indoktrination reaktionärer Inhalte, sonst nichts.

Genau diese Funktion des "didaktischen Experiments" auf dem Institut hat sich in offenster Weise im Proseminar am 15.5.73 gezeigt. Der leitende Assistent, Wassitzky, gab den Kollegen, die versuchten, die Inhalte der ORF-Briefe von ihrem Ansatz her zu kritisieren und denen, die nach der Funktion der hier gelehrten Wissenschaft fragten, Redeverbot. Er setzte mit schnaubender Wut durch, daß die Diskussion verunmöglicht wurde, entlarvte sich aber gleichzeitig als Agent der reaktionären bürgerlichen Wissenschaft, indem er klarstellte, daß "hier kein demokratischer Ort" sei. Schon in den vorhergehenden Proseminarveranstaltungen hatten beide Assistenten einigen Kollegen, die ohne Inskription im Hörsaal saßen mit "gerichtlichen Folgen" gedroht. Als die Herrn Assistenten also nicht mehr in der Lage waren, in Ruhe und Ordnung ihr Experiment durchzuführen, und ihr bürgerliches Gewäsch an den Mann zu bringen, entlarvte sich durch ihr Auftreten vor den Kollegen der einheitliche Charakter der bürgerlichen Wissenschaft und der Methode ihrer Durchführung - mit Gewalt jede Kritik und Diskussion verhindern. Das wird immer dann notwendig, wenn es für die herrschende Ideologie zu gefährlich wird, eine Auseinandersetzung mit ihrer Funktion zuzulassen, weil sie dann ihr "humanistisches" Mäntelchen verliert, der ideologischen Ver-

schleierung der gesellschaftlichen Widersprüche von Unterdrückung und Herrschaft nicht mehr gewachsen ist. Den Kollegen am Päd. Inst. wurde so im Laufe des Konflikts klar, daß bürgerliche Wissenschaft und "Rationalisierungsmethoden" im Studium eins sind, das selbe Ziel verfolgen, jede Aufdeckung der politischen Konsequenzen von Wissenschaft und Studienbetrieb zu verhindern, Herrschaft und Unterdrükkung zu perpetuieren.

Als Antwort auf diese frechen Angriffe hat die IG-Päd. mit den Kollegen aus dem Proseminar die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft organisiert aufgenommen. Sie haben eine Gruppe gebildet, die sich mit der Funktion der reaktionären Ideologie auf dem Institut auseinandersetzen soll. Mit den Vorfällen im Proseminar wurde den Kollegen zugleich klar, daß die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft nicht in der akademischen Auseinandersetzung mit gedruckten Äußerungen der Wissenschafter besteht, sondern daß man von dort ausgehen muß, wo diese Wissenschaft angewendet wird, in der alltäglichen Praxis der kapitalischen Gesellschaft. Sie haben erkannt, daß es nicht darum geht, die herrschende Ideologie von Autonomie und Vernunft gegen die gesellschaftliche Realität auszuspielen, sondern gerade darum, die herrschende Ideologie als Rechtfertigung und Verschleierung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zu begreifen. "Kritik der bürgerlichen Wissenschaft heißt nichts anderes, als das Aufzeigen und Aufdecken der bürgerlichen Herrschaft... das ist der Kern der Sache und danach muß sich eine konsequente Kritik richten" (Flugblatt 14 der IGPäd).

Für die IG hat sich in diesem Konflikt eindeutig gezeigt, daß die vereinzelten Kämpfe gegen die bürgerliche Ideologie und die Methoden der Durchsetzung zusammengefaßt und einheitlich geführt werden können, wenn das Auftreten der Studenten organisiert durchgeführt wird. Der IGPäd. ist es gelungen durch ihr organisiertes Eingreifen eine kontinuierliche Bewegung auf dem Institut zu initiieren, mit der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft als ein wesentlicher Hebel des Kampfes gegen die Ausbildung im Dienste des Kapitals. Die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft hat aber zur Voraussetzung, daß auf der Hochschule politische Diskussion möglich ist. Für die Kollegen auf dem Institut geht es nach ihren letzten Erfahrungen daher darum, die Freiheit der Diskussion durchzusetzen. Sie schreiben: "Weil Wassitzky im Proseminar alle Rechte der Studenten liquidiert, werden wir auf alle Versuche, die Auseinandersetzung und Diskussion zu verhindern, mit dem verstärkten Gebrauch unserer Rechte antworten; Weg mit dem Diskussionsverbot, Weg mit Wassitzky (Flugblatt 14 der IG-Päd.). Diese Forderung "Weg mit Wassitzky" bedeutet nicht, daß die Kollegen die Illusion hätten, mit dem Rücktritt dieses einen Reaktionärs wäre der volksfeindliche Charakter der Wissenschaft aufgehoben und die Ausbildungssituation verändert. Sie meinen, daß sich ihr Kampf nicht nur gegen einen Repräsentanten der bürgerlichen Herrschaft auf der Uni richtet, der Kritik und Diskussion mit Gewalt zu verhindern sucht hat, sondern daß es gleichzeitig notwendig ist, den Kampf gegen eine Ausbildung im Dienste des Kapitals zu führen, weil das Proseminar "neuen Typs" unter der Leitung Wassitzkys integraler Bestandteil der monopolkapitalistischen Hochschulreform ist.

SOLIDARITÄT MIT DEN KOLLEGEN AUF DEM PÄDAGOGISCHEN INSTITUT!

VORWÄRTS IN DER ORGANISIERUNG DER KRITIK DER BÜRGERLICHEN WISSENSCHAFT!

FÜR EINE EINHEITLICHE KAMPFFRONT GEGEN DIE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES KAPITALS!

VORWÄRTS IM AUFBAU DER IG - ORGANISIERT EUCH IN DER IG!





HISTORIKER: NEUER STUDIENPLAN ABGELEHNT ABFUHR FÜR DIE RFS-REAKTIONÄRE

Am Donnerstag, den 17. Mai, um 11 Uhr, fand am Historischen Institut eine Hörerversammlung statt. Das war die erste HV, die die seit April 1972 amtierenden Studienkommissionsvertreter (außer am Wirtschaftsgeschichte-Institut alles Mitglieder oder Sympathisanten des RFS) einzuberufen für nötig hielten.

Warum gerade jetzt? Wozu diese Hörerversammlung? Begründet wurde sie von den Initiatoren mit der Notwendigkeit der Festlegung der Neuwahlen der STK-Vertreter für das Historische Institut und der Vorstellung der Kandidaten dafür. Außerdem wollten die bisherigen STK-Vertreter einen Rechenschaftsbericht über ihre bisherige Tätigkeit während der zwei vergangenen Semester geben, d.h. in erster Linie über ihre Mitarbeit am neuen Studienplan Geschichte, mit dem die monopolkapitalistische HS-Reform nun auch für den Studienzweig Geschichte aktuell wird.

Die Geschichte-Institute: letzter Hort der RFS-Reaktionäre

Im April des letzten Jahres war es den offenen Reaktionären des RFS gelungen, sich mit je drei Vertretern für das Hist. Institut und mit je einem für die Institute Zeitgeschichte, Osteuropäische und Alte Geschichte in der Studienkommission Geschichte festzusetzen.

Sie boten dazu ihre letzten Mannen aus allen möglichen anderen Studienfächern auf, die schnell noch die Nachinskriptionszeit nutzten, um eine ihrer letzten Bastionen auf der Phil. Fak. erhalten zu helfen.

Die bürgerliche Geschichtwissenschaft stellte bis dahin unter allen Gesellschaftswissenschaften die antiquierteste dar und war daher ein fruchtbarer Boden für diese Reaktionäre. Mit der beginnenden HS-Reform und der verstärkten Anpassung des Wissenschaftsbetriebes an die Bedürfnisse des Kapitals wurde auch die anachronistische Geschichtswissenschaft zusehends "modernisiert". Methoden der bereits positivistisch orientierten Sozialwissenschaften wurden eingeführt: ab dem Wintersemester 71/72 gab es die ersten soziologischen und politologischen Lehrveranstaltungen, die als Pflichtkolloquien für alle Lehramtskandidaten an die Stelle von Kunstgeschichte, Spät- und Mittellatein etc. gesetzt wurden. Diese pragmatischeren, positivistischen Sozialwissenschaften sollen die antiquierte Geschichtswissenschaft, die ihrer Funktion der Apologie des Imperialismus nicht mehr genügend nachkommt, ablösen.

Um nicht ganz an Basis zu verlieren, mußte der RFS seine Politik einer Änderung unterziehen. Wenn er anfangs z. T. im Widerspruch stand zu den Interessen des Kapitals, indem er die notwendig gewordenen Rationalisierungen des Ausbildungssektors zunächst bekämpfte, so mauserte er sich mit der Zeit zum konsequenten Verfechter technokratischer Reformen und zum Vertreter der reaktionärsten Teile des Kapitals.

Bester Beweis dafür ist der neue Studienplan Geschichte, den die STK-Vertreter in trauter Gemeinschaft mit den Ordinarien nach den vorgegebenen Gesetzen ausarbeiteten und der im Sommersemester 74 in Kraft treten wird.

Der neue Studienplan: ein unverschämter Angriff auf alle Studcnten

Das Studium soll in zwei Abschnitte geteilt werden. Diplomprüfungen sollen die zwei Studienabschnitte abschließen, mit der zweiten wird die Befähigung zum Lehramt und die Möglichkeit zum Doktoratsstudium erworben.

Was wird gefordert?

Im I. Studienabschnitt, der auf 4 Semester konzipiert ist: 8 Stunden Proseminare, 12 Stunden Pflichtkollo. aus den Pflicht- und Wahlfächern der

Diplomprüfung, 10 Stunden Lehrveranstaltungen nach freier Wahl, die offiziell voraussichtlich zwar nicht mit einem Schein abzuschließen sind, de facto aber doch, denn die Professoren möchten bei der Diplomprüfung ja wissen, wen sie da vor sich haben - einen fleißigen und pflichtbewußten Studenten oder einen "faulen" und aufmuckenden.
Dazu kommt noch eine geschmalzene Diplomprüfung für die der ganze Geschichtsstoff gelernt und gekonnt werden muß.
Wer seine Studienzeit nicht mit Auswendigstrebern erfüllen will und nicht vor Professoren kriecht, hat wohl wenig Aussicht den 2. Studienabschnitt zu erreichen.
Und in diesem wird es beileibe nicht leichter: 4 Seminare, 4 Stunden Fachdidaktik in Verbindung mit 12 Wochen Schulpraktikum im 5. und 6. Semester: neben Sozialkunde, Einführung in das Recht, wissenschaftstheoretischer und philosophischer "Vertiefungs"-Veranstaltungen und Privatissima noch mindestens 8 Stunden Lehrveranstaltungen nach freier Wahl.
Weil das noch nicht genug ist: vor Ende des drittletzten Semesters eine Diplomarbeit, um damit den "Erfolg der wissenschaftlichen Berufsvorbildung darzutun".
Und natürlich: die 2. Diplomprüfung, wiederum den ganzen Geschichtsstoff umfassend, nur eben "vertiefter" wie es dem 2. Studienabschnitt geziemt, und mit Pädagogik als zusätzliches Prüfungsgebiet.
Die Überlebenden sind zum Lehramt befähigt!
Erst an die erfolgreiche Ablegung der 2. Diplomprüfung schließt sich ein 2semestriges(!) Doktoratsstudium an, in dem 10-16 Stunden Lehrveranstaltungen zu kolloquieren sind.
Wenn man das mit dem bisherigen Studiumablauf vergleicht, der mit einer relativ lockeren Regelung eine Gesamtstundenanzahl von 36 Stunden aufweist, dann wird klar, was diese Neuordnung bezwecken soll: äußerste Selektion, um den Zugang zum Lehramt Geschichte so schwer wie möglich zu machen. Für Geschichtslehrer besteht immer weniger Bedarf; der Geschichtsunterricht wurde schon in der Vergangenheit eingeschränkt und er wird es in immer stärkerem Maß.
Im AHStG, dem BStG und der Studienordnung, nach denen sich der Studienplan zu richten hat, zeigt sich deutlicher, was im Studienplan nur angedeutet ist: In Zukunft soll der Studienzweig Geschichte und Sozialkunde geteilt werden. Das bedeutet eine weitere Einschränkung der Geschichtestundenanzahl an den Höheren Schulen:
Viele Fächer, die bis jetzt in Kombination studiert werden mußten, sollen einzeln studiert und gelehrt werden können - die umfangreiche Geschichte allerdings nicht. Sie muß mit einem zweiten Fach kombiniert werden. Der ungeheure Arbeitsaufwand für zwei Fächer läßt für die überwiegende Zahl der Studenten nur die Möglichkeit, das Studium zu verschleppen - wogegen in Zukunft mit einer Neuregelung der Stipendienordnung eingeschritten werden dürfte.
Es soll verhindert werden, daß sich die Studenten mit mehr als dem Wiederkäuen der bürgerlichen Wissenschaft beschäftigen, die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft soll verhindert werden. Studenten, die gezwungen sind, nebenbei zu verdienen, können kaum noch an ein solches Studium denken.



Der vorliegende Studienplan – ein indirekter Numerus Clausus

Denn wer fängt schon ein Studium mit einer derartigen Wochenstundenanzahl, mit solchen Diplomprüfungsscherzen und dem Zwang zur Kombination an? Wer kann hoffen, durch das engmaschige Sieb zu schlüpfen?
Die Auswahl nach dem Sitzfleisch bürgt für den künftigen Geschichtslehrer.

Durch das Geschichtsstudium werden fast nur Lehrer ausgebildet, die wenigen "reinen" Doktoratsstudenten sind ohnehin überflüssig. Diese Möglichkeit wird zwar auch in Zukunft nicht genommen, das ganze Studium ist aber nur in Hinblick auf Lehrerausbildung organisiert. Für die breite Masse genügt ein in 8 (bzw. 9) Semester gepfropftes Diplomstudium, eine "wissenschaftliche Berufsvorbildung". Aber daß für das Doktoratsstudium die Ziele "selbständige Bewältigung wissenschaftlicher Probleme" und "wissenschaftliche Befähigung und gründliche Vertrautheit mit dem Fachgebiet und seinen Hauptproblemen" gestellt werden, zeigt, daß für diese breite Masse der Lehrer das "Wissenschaftliche" an der Berufsvorbildung ein schöner Schein ist.
Sie müssen kurz und effizient für ihre Aufgabe, die Vernebelung der Hirne mit bürgerlicher Ideologie, gedrillt werden. Ihre Ausbildung wird inhaltlich gerafft, nur auf die Funktionen im Beruf zugeschnitten, für diese Funktion "unnötiger Ballast" wird abgeworfen, sogenannte "Leerläufe" beseitigt. Es muß billig und effektiv ausgebildet werden, die Ausbildungskosten werden gesenkt und die ideologische Formierung wird verschärft. "Leerläufe" beseitigen heißt auch Politisierungsprozesse der Studenten verhindern helfen. Die Neuordnung des Studiums verschärft die Kontrolle über alle Studenten, spannt sie in einer Weise ins Studium ein, daß studieren und nur studieren ihre Tätigkeit sein kann.

Trotzdem (oder eben deswegen) preisen und priesen die Studenten-"Vertreter" in der StK Geschichte diesen Studienplan als großen Erfolg für alle Studenten und brüsten sich schamlos mit ihrer Mitarbeit daran. Sie beriefen eine Hörerversammlung ein (die erste ihrer "Amtszeit"), um ihn vor der Beschlußfassung pro forma zur Diskussion zu stellen und sich dafür ein "Ja" aller Studenten erteilen zu lassen.
Daß ihnen dabei doch nicht so ganz wohl war, bewies nicht nur die zurückhaltende Propaganda (die HV wurde erst 3 Tage vorher angekündigt und auch das durch Flugblätter bei nur wenigen Lehrveranstaltungen), sondern auch ihr Auftreten bei der HV selbst: um ihren "Argumenten" für den ach so guten Studienplan mehr Gewicht zu geben, schickten sie einen Professor vor, der den Studienplan erläutern und richtigstellen sollte, was "Linksextremisten" in ihren Flugblättern böswillig verdreht hätten.
Der Professor verzog sich aber sehr schnell wieder, nachdem er in 5 Minuten "nachgewiesen" hatte, daß der neue Studienplan "in Wahrheit" weniger Stunden, weniger Kolloquien etc. und eine Verbesserung (!) der Studienbedingungen bedeute und alles andere nur auf Fehlinterpretationen der Studienordnung beruhe.

Die Hoffnung der RFSler, die Studenten würden sich durch einen Professor leicht überzeugen und einschüchtern lassen, erwies sich als verfehlt: die anwesenden Studenten (keineswegs alles "organisierte Linksextremisten") ließen sich kein X für ein U vormachen.

Mit 63 pro- gegen 18 contra-Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die den Studienplan als eine bedeutende Verschärfung der Studienbedingungen bezeichnete, der den Interessen der Studenten widerspricht und daher abzulehnen ist.

Eine zweite Resolution, die den 3 bisherigen StK-Vertretern des Historischen Instituts das Mißtrauen aussprach, da sie als Studentenvertreter einen solchen den Interessen der Studenten diametral entgegengesetzten Studienplan durchgesetzt hatten, wurde mit 57 pro- gegen 17 contra-Stimmen (7 Enthaltungen) angenommen. Den 3 StK-Vertretern wurde darin weiters vorgeworfen, es nicht einmal für notwendig erachtet zu haben, in HV, die von Studenten einberufen wurden, zu erscheinen, noch den Studienplan zur Diskussion vorzulegen und die Meinung der übrigen Studenten dazu einzuholen.

Auf der HV wurde abschließend mit 55 pro- gegen 18 contra-Stimmen (8 Enthaltungen) beschlossen, die StKen nicht neu zu beschicken, keine Neuwahlen durchzuführen, da eine neu gewählte StK angesichts der mangelnden Aufklärung und Mobilisierung der Massen der Geschichtsstudenten gegen den neuen Studienplan auf diesen keinen Einfluß mehr haben könnte, daß die Eroberung der StK im jetzigen Zeitpunkt, zudem knapp vor den Ferien, den Kampf der Geschichtsstudenten gegen den Stundenplan nicht weiterbringen würde. Außerdem finden im Herbst die ÖH-Wahlen statt, die auch die Zusammensetzung der StK verändern können, da nach dem neuen Studiengesetz die StKen von der ÖH beschickt werden, sodaß jetzt Wahlen sowieso kaum einen Sinn haben.

Damit wurde das Manöver der RFS-Reaktionäre, sich mit diesen Wahlen als die studentischen Vertreter bestätigen zu lassen, entlarvt und ihre Einpeitscherrolle der kapitalistischen Hochschulreform auf dem Historischen Institut bloßgelegt.
Wenn der RFS auch bis jetzt auf dem Historischen Institut einen geringen Einfluß gehabt hat - damit ist es jetzt sicher vorbei. Als Träger der kapitalistischen Hochschulreform auf Uni-Boden stehen sie - so wie ÖSU und VSSTÖ, wenn auch in anderer Weise, offen denjenigen Studenten gegenüber, die den Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen im Zuge der monopolkapitalistischen Hochschulreform aufgenommen haben. Für alle diese Studenten stellt gegenwärtig die Institutsgruppe die geeignete Form dar, in der sie sich organisieren, die Aufgaben und Perspektiven des Kampfes diskutieren, die Bewegung gegen die Reform initiieren und anführen können.

VORWÄRTS IM KAMPF GEGEN DIE VERSCHLECHTERUNG DER STUDIENBEDINGUNGEN AM HISTORISCHEN INSTITUT!
GEGEN EINE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES KAPITALS - FÜR EINE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES VOLKES!



SPÖ—PARTEI DES MONOPOLKAPITALS

Am 14. 5. hatte der "K"SV wieder einmal einen Referenten zu präsentieren, der - wenn schon der "K"SV selbst nicht als Transmissionsriemen der revisionistischen "K"PÖ in den Studentenbereich hinein taugt wenigstenseinem Teil der Studenten den modernen Revisionismus schmackhaft machen sollte. Ernst Wimmer, ein "Linksaußen" der Revisionisten, versuchte mit viel Demagogie die "konkrete", "wirkliche" Politik der "K"PÖ gegen einen erfundenen Gegner auszuspielen, der angeblich immer nur "Endziel" oder "Diktatur des Proletariats" vor sich hin murmelt. Aber unter der Verpackung von Demagogie und rhetorischen Floskeln kam der revisionistische Sumpf zum Vorschein und unter dem Druck der Argumente der Kommunisten mußte Wimmer schließlich ausdrücklich die Revision grundlegender Erkenntnisse des Marxismus -Leninismus und das Abrücken von den Grundlagen jeder revolutionären Politik propagieren und das als die strategischen und taktischen Schlußfolgerungen der revisionistischen "Theorie" des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" erklären. Nächstes strategisches Ziel des revolutionären Kampfes sei nicht der Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der proletarischen Diktatur, sondern die "Zurückdrängung und schließliche Entmachtung der Monopole". Das heißt der Kampf der Revisionisten richtet sich nicht gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft, gegen das Kapitalverhältnis als ihre Grundlage, sondern nur gegen die"Spitze des Eisbergs" bei Anerkennung der Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, wie sich Lenin in der Polemik gegen eine solche Position ausdrückte; die Revisionisten setzen an die Stelle der Revolution den schrittweisen "reformistischen" Weg, der konkret in der Beteiligung bzw. der führenden Rolle der revisionistischen Partei in der Regierung besteht.

Der Weg dorthin führt nicht über die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, sondern über seine Veränderung, Reformierung. Es sind nur die alten Ideen der Bernstein und Kautsky, die als neue Theorie von den modernen Revisionisten wiedergekäut werden.

Partei des Monopolkapitals oder reformistische Arbeiterpartei ?

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Einschätzung des Charakters der Sozialdemokratie und die Taktik ihr gegenüber.
Gerade in der jüngsten Zeit hat sich die Debatte zwischen den Kommunisten einerseits und trotzkistischen und revisionistischen Gruppen andererseits in diesen Fragen belebt. Richtige Einschätzung der Sozialdemokratie bedeutet, richtige Einschätzung nicht nur des wichtigsten Stützpunktes der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, sondern auch einer direkten politischen Repräsentanz der Bourgeoisie, die gegenwärtig als Regierungspartei sogar die Geschäftsführung der Kapitalistenklasse übernommen hat. Ohne korrekte Einschätzung der Sozialdemokratie kann in keiner Frage des Klassenkampfs eine richtige Politik gemacht werden. Vor allem aber kann der Sozialdemokratie gegenüber kei-

ne Taktik entwickelt werden, die der gegenwärtigen Hauptaufgabe der Kommunisten und aller klassenbewußten Elemente des Proletariats gerecht wird: eine eigenständige proletarische Klassenpolitik entwickeln, den Loslösungsprozeß der Arbeitermassen von ihrer Fesselung an bürgerliche Ideologie und Politik zu organisieren und voranzutreiben.

"SPÖ - Partei des Monopolkapitals oder reformistische Arbeiterpartei?" - darauf hat sich die Auseinandersetzung zugespitzt, seit die Revisionisten (Wimmer beim "K"SV-Teach-in, nachdem er schon früher unsere Position als "sektiererisch" und "unvereinbar mit der unentbehrlichen langfristigen Einheitspolitik" ("Weg und Ziel", 2/73, S.53.) verurteilt hatte) und die Trotzkisten ("rotfront" Nr. 3, S.4.) ausdrücklich gegen die Position der Kommunisten zu Felde ziehen und massiver denn je ihre bürgerlichen Illusionen verbreiten. Ist die SPÖ heute neben der ÖVP die zweite große Bourgeoispartei in Österreich und hat die österreichische Bourgeoisie gerade im Zusammenspiel und in der Konkurrenz der beiden großen Parteien heute ihre politische Repräsentanz? Oder macht die SPÖ inkonsequente, reformistische, bürgerliche Arbeiterpolitik bzw. sogar eine Politik im Interesse der Unternehmer, ist aber dennoch eine (wenn auch reformistische)Arbeiterpartei, die die Bourgeoisie am liebsten wieder so schnell wie möglich aus der Regierung draußen haben will? Aber das ist nur eine Seite des Problems.Stellen wir die Frage umfassender: Welche Politik müssen die Kommunisten, muß die Arbeiterklasse gegenüber den Trägern bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterklasse und -bewegung einschlagen? Wie muß der Kampf gegen die direkten und indirekten Agenturen der Bourgeoisie geführt werden, wie gegenüber der Sozialdemokratie? Aber auch gegenüber dem "K"PÖ-Revisionismus? Auf welcher Seite steht die "K"PÖ ? Kann es sein, daß sie "gegenwärtig in den Kämpfen der Arbeiter vielfach noch eine fortschrittliche Rolle spielt" und "ihr Reformismus erst bei entwickelteren Klassenkämpfen voll zum Tragen kommen wird", wie der Sprecher der GRM-Trotzkisten beim "K"SV-Teach-in meinte?

Aufgaben der Kommunisten

Heute ist die österreichische Arbeiterklasse politisch und ideologisch an die Bourgeoisie gefesselt. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Bewegung, in Wien vor allem des Kommunistischen Bundes (KB Wien), diese Kettung an die Bourgeoisie, an die bürgerliche Ideologie zu durchlöchern und zu durchbrechen, an die Entwicklung einer selbständigen, von allem bürgerlichen Einfluß, (von allen bürgerlichen Schlacken) freien Klassenpolitik zu gehen und an den Aufbau einer neuen proletarischen Partei. Das geht nur im Kampf gegen die Träger des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterklasse, vor allem also gegen die Sozialdemokratie. Die Politik der "Sozialpartnerschaft" ist die Politik, die die Bourgeoisie vermittels ihrer hauptsächlichen Agentur heute in der Arbeiterschaft betreibt. Die"Sozialpartnerschafts"-politik ist die Hauptform der Politik der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung, aber keineswegs die einzige, schon gar nicht die einzige Form bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse überhaupt. Gegen die "Sozialpartnerschafts"politik und gegen den Sozialdemokratismus muß sich heute innerhalb der Arbeiterklasse der Hauptstoß richten. Ohne daß die Arbeiterklasse sich von der "Sozialpartnerschafts"politik frei macht, kann keine Rede davon sein, daß sie den Angriffen der Bourgeoisie auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen entgegentreten kann. Wenn die Arbeiterklasse nicht das sozialdemokratische Klassenversöhnlertum, den Hauptfeind in der Arbeiterklasse selbst, schlägt, wenn sie nicht den sozialdemokratischen Einfluß zurückdrängt und die Gewerkschaft den Händen der Klassenversöhnler ent-

reißt, dann kann sie ihren Klassenfeind, die Bourgeoisie, nicht erfolgreich bekämpfen.

Das Klassenversöhnlertum bekämpfen und die Masser für den Kommunismus gewinnen - das sind zwei Seiten der selben Aufgabe. Denn die Frage kann nur so stehen:bürgerliche oder proletarische Ideologie! Einen Mittelweg gibt es nicht. Jede Herabminderung der proletarischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr kommt der teilweisen Kapitulation vor der viel mehr verwurzelten, zunächst viel stärkeren bürgerlichen Ideologie gleich, bedeutet deren Stärkung. Deshalb heißt Kampf gegen die Sozialdemokratie, die bedeutendste bürgerliche Strömung in der Arbeiterklasse, zugleich auch Kampf gegen alle Versuche, die Arbeiterklasse unter dem Deckmantel des "Kampfes" gegen Sozialdemokratie und "Sozialpartnerschaft" doch noch vom völligen Bruch mit der bürgerlichen Politik und Ideologie, von der Entwicklung einer selbständigen proletarischen Klassenpolitik abzuhalten.

Der moderne Revisionismus

Die wichtigste Strömung dieser Art ist der moderne Revisionismus der "K"PÖ. Die "K"PÖ macht bürgerliche Arbeiterpolitik. Sie geht zwar von den elementaren Tagesinteressen der Arbeiter aus, setzt sich für sie ein, wendet sich gegen die krassesten Formen des Herumtrampelns der Sozialdemokraten auf dem Rücken der Arbeiter- aber alles auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft. Alles nicht mit dem Ziel, den Kapitalismus zu stürzen, sondern diese Arbeiterinteressen im Rahmen des Kapitalismus zu wahren. Die Revisionisten haben das Hauptinteresse der Arbeiterklasse, das Interesse am Sturz des Kapitalismus und am Sieg des Sozialismus, verraten und sich mit dem Kapitalismus,mit der bürgerlichen Gesellschaft ausgesöhnt. Weil ihr ganzer Kampf sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft abspielt, weil ihr Kampf um Teilforderungen nicht die Hebung des Klassenbewußtseins und die Stärkung der Kampfkraft des Proletariats zum Ziel hat, sondern illusionär auf "grundlegende Veränderungen" im bestehenden System abzielt, weil für sie nicht zählt, was an Kräften für die Revolution gesammelt wird, sondern was im bestehenden System an Reformen zu erreichen ist, weil sie nicht auch den Kampf um Reformen unter der Perspektive der Revolution führen, sondern umgekehrt die Revolution dem Kampf um Reformen geopfert haben, weil ihr Ziel nicht mehr der Sturz des Kapitalismus ist, sondern eine geringfügige Verbesserung der Lage der Arbeiter, wie sie im Rahmen des Kapitalismus nur möglich sind und vor allem das Erlangen eigener Positionen und Posten in diesem System, kurz:weil sie die Revolution verraten, sich mit dem kapitalistischen System ausgesöhnt und sich in ihm eingerichtet haben - deshalb müssen sie die "Grenzen und "Sachzwänge" des Kapitalismus als Orientierungspunkt "einkalkulieren", sind die Grenzen des Systems auch die Grenzen ihrer bürgerlichen "Realpolitik". Ihr Reformismus bleibt zwangsläufig in den Grenzen des Systems eingebannt. Wer aber erst einmal den Kampf um die Tagesinteressen der Arbeiter auf dem Boden und in den Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft führt, verbreitet bürgerliche Illusionen und muß die Existenz und Macht der Bourgeoisie zum Ausgangs- und Endpunkt seiner Überlegungen und seines Kampfes machen. Deshalb bedeutet bürgerliche Arbeiterpolitik die Preisgabe der Klasseninteressen des Proletariats, Kettung des Proletariats an die bürgerliche Ideologie, wenn auch an eine Spielart im "Arbeiter"gewand, Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie. Unterordnung nicht nur in einem historischen und Klassensinn, sondern auch im Tageskampf bei jeder einzelnen Frage.

Für die elementaren Arbeiterinteressen, aber ohne den Kampf gegen die Bourgeoisie überhaupt oder bis

zu Ende zu führen- davon gehen alle Klassenversöhnler aus. Und beim Verrat auch an den elementarsten Arbeiterinteressen landen sie und müssen sie zwangsläufig landen, weil in einer kapitalistischen Klassengesellschaft "Versöhnung" der Klassen und Klassenzusammenarbeit nur auf die Unterordnung der Arbeiter unter die Kapitalisten hinauslaufen kann, denn im Klassenkampf lassen sich der Kampf um die Tagesinteressen und Angriffe auf die Grundlagen des bestehenden Systems nicht säuberlich auseinanderhalten.

Die "K"PÖ macht bürgerliche Arbeiterpolitik. Z.B. ist sie für höhere Löhne - und erzeugt zugleich Illusionen über den Gang der kapitlistischen Produktion, versucht "nachzuweisen", daß Lohnerhöhungen wegen der Steigerung der Massenkaufkraft auch für "die Wirtschaft", also für die Kapitalisten gut sind, orientiert sich gar nicht auf Kampf, sondern darauf, jede Forderung, jede Bewegung in Wahlerfolge bei den nächsten Wahlen umzumünzen. Die "K"PÖ ist gegen die Akkordhetze und erklärt den Arbeitern, daß die ständige Steigerung des Akkordtempos auch für die Unternehmer schlecht sei, wegen der steigenden Ausschußquote. Die "K"PÖ ist gegen die"Sozialpartnerschaft" - aber keine Forderung, deren Nutzen nicht nur für die Arbeiter, sondern für "unsere Wirtschaft" sie nachzuweisen bemüht ist, kein Problem der Bourgeoisie, wo nicht die "K"PÖ gleich einen "positiven Vorschlag" zur Hand hat. Die "K"PÖ setzt sich für elemantare Arbeiterinteressen ein - aber sie stumpft das Klassenbewußtsein ab, statt daß sie es hebt, sie schwächt den Klassenkampf zugunsten einer bürgerlichen Konkurrenz mit der SPÖ um Arbeiterstimmen. So fällt sie den Arbeitern ständig in den Rücken, sabotiert die Kämpfe und Bewegungen, spielt bei keinem einzigen Kampf, bei keiner Bewegung eine vorwärtstreibende Rolle.

Auch die "K"PÖ ist ein ideologischer Stützpunkt der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, ihre Politik ist der Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus abträglich. Der moderne Revisionismus steht auf der anderen Seite der Barrikaden, er ist ein ideologischer Stützpunkt des Klassengegners in der Arbeiterklasse. Unter dem Deckmantel des "Kampfes" gegen Sozialdemokratie und Sozialpartnerschaft fängt sie solche Teile der Arbeiterklasse und des Volkes ab, deren Fesselung an die bürgerliche Politik zu zerbrechen droht und führt sie wieder ins bürgerliche Lager zurück bzw. hält sie dort fest. Das Ringen um eine selbständige Klassenpolitik der Arbeiterklasse ist untrennbar mit dem Kampf gegen diese versteckte, indirekte Agentur der Bourgeoisie verbunden.

Wer - wie die Trotzkisten - der "K"PÖ "gegenwärtig noch eine fortschrittliche Rolle in den Arbeiterkämpfen" zubilligt, zeigt nicht nur eine totale Unkenntnis des Verlaufs der wirklich stattfindenden Kämpfe und der Rolle der Revisionisten dabei, sondern erfüllt v.a. objektiv die Funktion, den Klassengegensatz, wie er sich politisch und ideologisch ausdrückt zu vertuschen. Denn er verharmlost die Gefahr des Reformismus und nimmt ihn gegen die Angriffe der Kommunisten in Schutz. Er rechnet ihn zum "Arbeiterlager", statt seinen bürgerlichen Charakter zu entlarven.

SPÖ und ÖGB-Spitze – Abteilung der Bourgeoisie

Im Imperialismus ist die soziale Grundlage der bürgerlichen Arbeiterpolitik, des Reformismus, die soziale Voraussetzung für die Durchsetzung des Revisionismus in der II. Internationale sowie nach dem 2. Weltkrieg in einer Reihe von ehemals kommunistischen Parteien - die Herausbildung der Arbeiteraristokratie, einer privilegierten und von der Bourgeoisie bestochenen Oberschicht der Arbeiterklasse, bestehend aus privilegierten Arbeitern, Herrschaftsagenten der Kapitalisten, korrumpierten "Arbeitervertretern" im

Betrieb, im Gewerkschaftsapparat, im bürgerlichen Staat usw. usf. Sich auf die Arbeiter stützen, um an der Bourgeoisie schmarotzen zu können - das ist deren Politik.

Bereits während und nach dem 1. Weltkrieg haben die Kommunisten die Tendenzen des Verwachsens der Spitzen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mit den Spitzen des bürgerlichen Staates und mit dem Finanzkapital analysiert, das Verwachsen beträchtlicher Teile der Sozialdemokratischen Parteiapparate mit den Institutionen des bürgerlichen Staatsapparats auf allen Ebenen, von der Regierung bis in die Gemeinden hinunter, ebenso die Verfilzung von Arbeiteraristokratie und -bürokratie mit der Bourgeoisie. Dadurch bekommt die monopolkapitalistische Politik der SP-Spitzen eine sehr breite materielle und soziale Basis in den Parteien und von Sozialdemokraten beherrschten Gewerkschaften selber. Dieser Prozeß ist bis heute enorm fortgeschritten. Mit oder ohne direkte Regierungsbeteiligung ist die Sozialdemokratie eine Partei, deren Macht in der tiefen Verankerung im bürgerlichen Staatsapparat eine feste Grundlage hat. Die Alleinregierung der SPÖ hat die Sache nur gekrönt und sie zur Zeit zum politische Geschäftsführer der Bourgeoisie gemacht. Die Sozialdemokratie hat ein eigenes Wirtschaftsimperium aufgebaut, sodaß die Spitzen der SPÖ und des ÖGB auch direkt ökonomisch mit einem Teil der österreichischen Bourgeoisie zusammenfallen, einem Teil, der äußerst stark expandiert und eben ansetzt sich eine führende Position innerhalb der Bourgeoisie zu erobern. In mehrfacher Hinsicht ist die SP- und ÖGB-Spitze eine Abteilung der Bourgeoisie: als politisch-staatliche Agentur an der Spitze der Verstaatlichten und immer mehr auch in einem direkten ökonomischen Sinn. Im gleichen Maß, in dem die Spitzen der Sozialdemokratie effektiv zu einem Bestandteil der Bourgeoisie wurden und indem der Prozeß des Verwachsens von Arbeiteraristokratie und Monopolbourgeoisie voranschritt, erblickten auch immer größere Teile der Bourgeoisie in der SPÖ nicht mehr den "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus", die Feuerwehr, die man in brisanten Situationen zu Hilfe und in die Regierung holte, um der rebellierenden Arbeiter Herr zu werden, sondern eine ebenso verläßliche und in manchen Fällen bessere politische Repräsentanz ihrer Klasseninteressen als die traditionelle Unternehmerpartei. Heute ist die SPÖ weder ihrem Anspruch nach noch in der Realität eine auch nur reformistische Partei, ihre Politik ist keine bürgerliche Arbeiterpolitik, sondern direkt die Politik des Monopolkapitals. Sie ist neben der ÖVP zur zweiten großen Klassenpartei der Bourgeoisie geworden.

Die Entwicklung von der bürgerlichen Arbeiterpartei zur Partei des Monopolkapitals ist eine Entwicklung, die bereits im bürgerlichen Wesen des Revisionismus, in der KLassenstellung der Arbeiteraristokratie angelegt ist. Dieselbe Entwicklung vollzieht sich heute vor unseren Augen bei den großen revisionistischen Parteien (PCI, PCF) und die Stimmen bei der Bourgeoisie, doch mit diesen "Kommunisten" einmal einen Regierungsversuch zu machen werden immer lauter. Der Weg zur Partei des Monopolkapitals ist der historische Weg des Revisionismus.

Der Weg von der reformistischen Partei zur Partei des Monopolkapitals bedeutet keinen Wandel im Klassencharakter dieser Partei; denn der Revisionismus selbst ist bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung. Der Klassencharakter einer Partei bestimmt sich nach dem Klasseninhalt ihrer Ideologie und Politik, nicht aber nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder oder ihrer Wähler. Auch die reformistische Partei, die "bürgerliche Arbeiterpartei", z.B. die "K"PÖ heute, ist ihrem Wesen nach eine bürgerliche Partei. Die volle und endgültige Durchsetzung des Revisionismus bringt sie ins Lager der Bourgeoisie und setzt den Aufbau einer neuen Partei der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung. Diesen

Schritt haben die Kommunisten nach dem 1. Weltkrieg durch den Aufbau der III. Internationale und erneut in den 60er Jahren im Zusammenhang mit der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung und durch den Aufbau neuer marxistisch-leninistischer Organisationen vollzogen.

Taktik gegenüber der SP

Die Einsicht, daß die Sozialdemokratie zur Partei des Monopolkapitals geworden ist, ist nicht deshalb wichtig, weil ohne sie nicht ihr Überwechseln aus dem Lager der Arbeiterklasse in das der Bourgeoisie verstanden werden kann - dieser Übergang hat sich vielmehr bereits vor mehr als 50 Jahren vollzogen -, sondern weil andernfalls keine Frage des Klassenkampfes in unserem Land richtig eingeschätzt werden kann und keinerlei korrekte Taktik, insbesondere gegenüber der SPÖ, aber darüber hinaus gegenüber allen politischen Kräften entickelt werden kann. Eine solche Taktik muß die SPÖ als einen politischen Repräsentanten der Bourgeoisie entschieden bekämpfen, der Klassenkampf richtet sich gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat, ihren "geschäftsführenden Ausschuß", eben die SP-Regierung. Die Formierung des Proletariats zur Klasse im Kampf gegen die Bourgeoisie, die Entwicklung einer eigenständigen Klassenpolitik und die Verankerung dieser Politik in den Arbeitermassen kann nur durch die Loslösung der Arbeitermassen von der bürgerlichen Ideologie, von ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Politik erfolgen, hauptsächlich durch die Zerschlagung der "Sozialpartnerschafts"politik und -ideologie, durch den Sieg über den Sozialdemokratismus. Die Sozialdemokratie ist ein direkter politischer Repräsentant der Interessen der Bourgeoisie - im bürgerlichen Staat, in der Regierung und vermittels des ÖGB auch in der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie ist eine Abteilung unseres Klassengegners, der Kmapf richtet sich frontal gegen sie.

Taktik gegenüber der "K"PÖ

Die "K"PÖ hingegen macht bürgerliche Arbeiterpolitik, sie ist eine indirekte Stütze der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse. Auch die Revisionisten sind ins Lager der Bourgeoisie übergegangen, auch sie sind nicht "ein kleineres Übel" verglichen mit den monopolkapitalistischen Parteien. Wo der Einfluß dieser Parteien ins Wanken kommt, wo die alte Form der bürgerlichen Fesselung der Arbeiter zu versagen droht, tritt die "K"PÖ auf den Plan und propagiert eine andere, versteckte, indirekte Form der bürgerlichen Knechtung der Massen. Das aufzuzeigen, zu zeigen, daß die "K"PÖ keine Alternative zur bürgerlichen Politik ist, sondern nur eine andere Variante davon, daß diese Politik keinerlei Perspektive für den Klassenkampf ist - das ist richtige Taktik gegenüber den Revisionisten.

Haltung der "K"PÖ zur SPÖ

Eine der wichtigsten Fragen in denen sich das bprgerliche Wesen der "K"PÖ zeigt, ist ihre opportunistische Haltung zur SPÖ, wie die Haltung zur Sozialdemokratie überhaupt ein Prüfstein dafür ist, ob eine Politik wirklich revolutionär ist oder - wie "revolutionär" sie sich dünken mag - wieder nur eine neue Variante bürgerlicher Illusionen und Vorurteile, eine neue versteckte Form bürgerlicher Ideologie.

Die "K"PÖ will den "Weg zum Sozialismus" gemeinsam mit der SPÖ beschreiten, natürlich mit einer"veränderten SPÖ", aber doch zusammen mit dieser zweiten "Arbeiterpartei" in Österreich. Daher gilt es für sie nicht, die Masse der Arbeiter zum Bruch mit der Sozialdemokratie zu bringen und diese Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse kaltzustellen, sondern es geht ihr um das "Differnezieren" innerhalb der Sozialdemokratie, um das "Aufreis-

sen innerer Widersprüche". Ziel ist nicht die Ausschaltung der Sozialdemokratie und ihres Einflusses auf die Arbeiterklasse und das Volk, sondern ihre Veränderung, die Verbesserung der "Bündnismöglichkeiten mit der SPÖ", die nur durch die Unterstützung der "antimonopolistischen Interessen der SPÖ-Mitglieder und Wähler" gegen die"derzeit (!) in der SPÖ-Führung vorherrschenden (!) promonopolistischen(!) Grundtendenzen (Tendenzen!)" geschehen könne. ("Weg und Ziel" 12/72, Hager, S.456) Ziel ist also nicht, die Massen zum Bruch mit der Sozialdemokratie zu bringen, Ziel sind politische Umschichtungen innerhalb der Sozialdemokratie. Ziel ist nicht, die Massen um eine kommunistische Partei zu sammeln und die Machtergreifung dieser Partei, Ziel ist vielmehr, daß eine gestärkte "K"PÖ zusammen mit anderen (SPÖ, "linker Flügel" der ÖVP ...) eine bürgerliche Regierung bildet.

Die praktische Politik besteht daher auch nicht darin, die Massen, wo sie sich von der Sozialdemokratie zu lösen beginnen, zum entschiedenen Bruch mit ihr zu führen, sondern das Unbehagen und den Unmut der Massen in der bestehenden, noch unentwickelten und falschen, häufig kleinbürgerlichen Form einfach auszunützen und auf die eigenen Wahl-Mühlen zu lenken. Sie besteht in Appellen an die SPÖ-Führung, im "Erinnern an die Wahlversprechen" der SPÖ, sie besteht darin, ständig der bürgerlichen Sozialdemokratie mit einer anderen Spielart bürgerlicher Politik entgegenzutreten, und mündet daher immer wieder im Streichen der Segel, in der Kapitulation vor der Sozialdemokratie aus.

Haltung der GRM zur SPÖ

Aufgabe der Kommunisten ist es, die proletarische Ideologie und Politik gegen alle Spielarten bürgerlicher Ideologie und Politik zu verteidigen und durchzusetzen. Gegen die monopolkapitalistische Politik der SPÖ. Gegen den Reformismus der "K"PÖ. Und gegen alle Strömungen, die unter dem Deckmantel des "Kampfes" gegen Sozialdemokratismus und Reformismus die Massen erneut zu verwirren und am konsequenten Bruch mit den Hauptströmungen in der Arbeiterklasse abzuhalten trachten. Eine solche Strömung ist bei uns der Trotzkismus, das Mischmasch aus Links- und Rechtsopportunismus, das die Politik der GRM ausmacht.

Die GRM-Trotzkisten schreiben: "Wir bestreiten,die Möglichkeit, daß eine Partei auf dem Schleichweg, ohne großen Brüche, ihren Klassencharakter ändern kann. Die SPÖ ist demzufolge nicht die zweite Partei des Monopolkapitals... Die Sozialdemokratie ist nach wie vor eine bürgerliche Arbeiterpartei." ("Rotfront" Nr. 3, S. 4) Alle Fehler, der ganze Opportunismus der Trotzkisten gegenüber bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterklasse ist hier zusammengefaßt. Da wird einmal behauptet, die Politik der heutigen SPÖ sei bürgerliche Arbeiterpolitik. Das ist geradezu grotesk.
Wo ist denn ein einziges Beispiel, wo die Sozialdemokratie - ob in der Regierung, ob an der Spitze des ÖGB - bei ihrer Politik von den Arbeiterinteressen ausgeht? Wo der Versuch, auf reformistischem Weg das kapitalistische System im Sinn der Arbeiterklasse zu verändern? Heute die SPÖ als reformistische Arbeiterpartei betrachten heißt wirklich blind sein, heißt die Massen täuschen, die monopolkapitalistische Politik der Sozialdemokratie verharmlosen und gegen die Kommunisten in Schutz nehmen.

Aber das obige Zitat zeigt noch viel mehr. Es zeigt, daß die Trotzkisten das Wesen des Reformismus und Revisionismus nicht verstanden haben, daß ihnen nicht klar ist, daß eine reformistische Arbeiterpartei eben bürgerlichen Klassencharakter hat, daß der Revisionismus nicht über den Klassen steht, nichts zwar Degeneriertes, aber doch Proletarisches ist, daß der Revisionismus vielmehr das ideologische Gift der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung ist. Auf dem Weg von der bürgerlichen Arbeiterpartei zur Partei des Monopolkapitals erfährt sie natürlich Veränderungen, aber der Klassencharakter bleibt der gleiche. Der "Bruch", den die Trotzkisten su-

chen, war der Zusammenbruch der II. Internationale und dieser Zusammenbruch und der Kampf um die Schaffung und den Aufbau der Kommunistischen Internationale war kein "Schleichweg". Ein "Schleichweg" war indessen der Weg Trotzkis zum Bolschewismus. Trotzki und seine Anhänger verbreiteten schon vor und während des 1. Weltkriegs Illusionen über das Klassenwesen des Reformismus. Sie sahen eine gewisse reformistische Tendenz, aber sie sahen nicht, daß diese Tendenz ihre soziale Grundlage in der Arbeiteraristokratie fand. Sie erkannten nicht, daß die Durchsetzung des Revisionismus in den sozialdemokratischen Parteien den Übergang dieser Parteien ins Lager der Bourgeoisie bedeutete und leugneten die Notwendigkeit eines entschiedenen Bruchs mit den Opportunisten.

Im Fall Rußlands führte das dazu, daß - als 1912 die Trennung von Bolschewiki und Menschewiki endgültig und vollständig geworden war - 1913 Trotzki gegen die bolschewistische Partei gerichtet die sog. "Mittelgruppe" ins Leben rief, die erst Mitte 1917 en bloc in die Partei aufgenommen wurde.

Wenn die Trotzkisten Illusionen über bürgerliche Arbeiterpolitik verbreiten, eine opportunistische Haltung zum modernen Revisionismus einnehmen, ihn gegen die Kommunisten verteidigen, wenn sie die Sozialdemokratie völlig falsch einschätzen, ihre Entwicklung zur Bourgeoispartei leugnen - dann können sie auf die opportunistische Haltung ihres "Klassikers" zur damaligen reformistischen Sozialdemokratie zurückgreifen. Und nicht nur Trotzki selbst, die ganze trotzkistische Bewegung liefert genügend Anschauungsmaterial zu dieser Frage: Wenn die GRM sich heute den "Neuaufbau einer trotzkistischen Bewegung in Österreich" zum Ziel setzt, sollte sie ergänzen, was den "Neuaufbau" erst notwendig macht: das Aufgehen des größten Teils der österreichischen Trotzkisten in der SPÖ im Verlauf der ersten 10 Jahre nach dem 2. Weltkrieg unter dem Vorwand, eine Taktik des "Entrismus" in dieser Partei zu betreiben.

Die Trotzkisten verstehen es nicht und sind empört, wenn wir sie ebenfalls als eine bürgerliche Strömung in der revolutionären Bewegung bezeichnen. Aber was ist eine Gruppe, die bürgerliche Illusionen über die Sozialdemokratie und den modernen Revisionismus verbreitet, die die Massen im Kampf gegen diese hauptsächlichen Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse entwaffnet und desorientiert? Eine Gruppe, die unter dem Deckmantel der"Revolution" und des "Klassenkampfes" versucht, den Loslösungsprozeß der Massen vom Sozialdemokratismus und modernen Revisionismus zu bremsen, in Sackgassen zu lenken und die Massen vom Kommunismus, vom Marxismus-Leninismus abzuhalten? Was ist eine Gruppe, deren Funktion objektiv darin besteht, die Fesselung der Massen an die bürgerliche Ideologie und Politik doch nicht ganz zerbrechen zu lassen, die versucht, eine zwischen Rechts- und Linksopportunismus hin und her schwankende "Alternative" zur kommunistischen Bewegung zu schaffen, was ist so eine Gruppe anderes als eine "linke" Variante bürgerlichen Einflusses in der revolutionären Bewegung?

Die kommunistische Partei aufbauen

Die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung werden eine proletarische Klassenpolitik entwickeln, eine neue kommunistische Partei aufbauen und die Massen für den Kommunismus gewinnen. Und das können sie nur, wenn sie jede Kettung an die Bourgeoisie, ihre Ideologie und Politik, sprengen, indem sie das System der "Sozialpartnerschaft" zerschlagen, den Sozialdemokratismus überwinden, die falsche "Alternative" des modernen Revisionismus der "K"PÖ schlagen und sich die falschen"Revolutionäre" vom Schlage der Trotzkisten vom Hals schaffen.



DER VSSTÖ – HANDLANGER DER SP AUF HOCHSCHULBODEN

Um den geänderten Bedürfnissen des Monopolkapitals nachzukommen, um Einsparungen und Effektivierungen in einem solchen staatlichen Sektor vorzunehmen, der selbst nicht Profit abwirft, führt die SP die monopolkaptialistische Hochschulreform durch. Der Inhalt dieser Reform liegt einerseits in einer "Strukturveränderung" durch Neueinführung ganzer Studienrichtungen bzw. deren Forcierung, andererseits in einer Rationalisierung der Hochschule (HS), sowohl der Studiengänge als auch der HS-Organisation. Die reaktionären Lehrinhalte zur ideologischen Indoktrination der Studenten werden nicht nur beibehalten, durch verschiedene Disziplinierungsmaßnahmen sind diese sogar noch verstärkt. Vor allem aber werden die Anforderungen hinaufgeschraubt, um die Studienzeit und damit die Studienkosten senken zu können.
Bestimmte Seiten dieser Veränderungen im Interesse des Monopolkapitals rufen aber den Widerstand der reaktionären Professoren, die durch die gesetzliche Verabschiedung des UOG (Universitätsorganisationsgesetz) um ihre alten Privilegien fürchten. In ihrem Widerstand gegen die Hochschulreform wenden sie sich nicht gegen die inhaltlichen Änderungen, wie sie durch die Studiengesetze herbeigeführt werden, nicht gegen die Verschärfungen im Studienbetrieb – im Gegenteil, diese befürworten sie begeistert – sondern nur gegen das UOG und gegen die geplanten Paritäten in den verschiedenen Uni-Gremien. Dabei werden sie von ÖVP und FPÖ unterstützt, die im UOG v.a. ein Instrument der SP für deren Personalpolitik sehen.

In einer solchen Situation ist es für die Regierung äußerst wichtig, möglichst große Teile der Studenten in ihre Reformpläne einbauen zu können.
Weil die SPÖ auf Widerstand bei den Professoren stößt, ist sie gezwungen, Kompromisse einzugehen, die aber umso geringfügiger ausfallen müssen, je größer der Druck der Studenten für die Hochschulreform ist. Deshalb ist es nötig, die HS-Reform als eine Reform im Interesse der Studenten hinzustellen, als etwas Fortschrittliches – einerseits, um die Studenten für die Reform und gegen die Professoren zu mobilisieren, andererseits natürlich auch, um von Anfang an jeder aufflammenden Bewegung gegen die Auswirkungen der monopolkapitalistischen HS-Reform die Spitze abzubrechen und sie wenn möglich sogleich in die eigenen Reformpläne einzubauen. Die HS-Reform im Dienste des Kapitals muß als fortschrittliche Reform hingestellt werden, um vom eigentlichen Grund der schlechten und sich verschärfenden Studienbedingungen, der kapitalistischen Ausbildung selbst, abzulenken und die Professoren als eigentlichen Feind aufzubauen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben dienen ihr die Agenten der Reform auf HS-Boden – die ÖSU und der VSSTÖ. Zwischen beiden besteht nur der Unterschied, daß die ÖSU die breite Masse der noch unpolitischen Studenten einzufangen versucht, während der VSStÖ, der sich "links" gebärdet, die schon Politisierten wieder in die Arme der SPÖ und zur HS-Reform zurückführen will. Die ÖSU macht es auf gutbürgerliche Art und Weise, der VSStÖ etwas "radikaler". Der VSStÖ

ist nichts anderes als eine etwas "linkere" ÖSU - für die monopolkapitalistische HS-Reform sind beide.

Die Abgrenzung bzw. Kritik des VSStÖ an der ÖSU schaut daher auch dementsprechend aus. Was bemängelt wird, ist nicht mehr und nicht weniger als daß sie sich nicht konsequent genug für die Reform einsetze. "Sie kann aufgrund ihrer Bindung an die ÖVP... auch gar nicht studentische Interessen konsequent vertreten: so unterläßt sie es, durch die für sie aufgrund ihrer aktuellen Stärke durchaus möglichen Massenmobilisierung der Studenten die Professoren unter Druck zu setzen, um ihnen reale Zugeständnisse abzuringen und so die ministeriellen Reformansätze wirksam zu unterstützen." (rotpress 2/73, S.2)!! Da können wirklich keine Phrasen von "sozialistischer HS-Politik" mehr etwas helfen, hier wird ganz offen gesagt, als was die VSStÖler sich verstehen - als Agentur der Regierungspartei zur Durchsetzung der HS-Reform.

»Radikaldemokratische Studentenpolitik mit sozialistischer Perspektive« - Apologie der SP

Diese ÖSU-Kritik ist gleichzeitig ein wunderbares Exempel dafür, was der VSStÖ unter "radikaldemokratischer" Studentenpolitik mit "sozialistischer Perspektive" (rotpress 2/72) versteht. Er geht prinzipiell davon aus, daß die HS-Reform etwas Fortschrittliches ist (sonst würde er es ja niemandem einreden können). Er sieht sie innerhalb eines SP-Konzepts von einer Kette von "tendenziell systemüberwindenden Reformen". (rp 2/73, S.1). Das allein würde ihm so bald niemand abnehmen, darum sieht er sich gezwungen, im weiteren etwas diffiziler zu argumentieren. Obwohl die "neuen Studiengesetze auch die ersten Ansätze für eine vernünftige Gestaltung der Studiengänge" (S.2) bieten (!) gibt der VSStÖ zu, daß die Reform nicht gerade sehr "demokratisch" ist (Möglichkeiten, politische Veranstaltungen - der Linken - ohne weitere Begründung zu verbieten usw.). Das ist aber natürlich nur darauf zurückzuführen, daß "die ministeriellen Reformansätze" leider von den "reaktionären Professoren" immer wieder hintertrieben werden, und auch hintertrieben werden können, weil die "Massenmobilisierung" der Studenten gefehlt habe. Denn "dieser fehlende Druck von seiten derer, die es eigentlich angeht, führte zu Kompromissen, die zu verhindern gewesen wären." (S.1). Ein vom VSStÖ konstruiertes Rechtskartell, das aus "den reaktionären Ordinarien, der Mehrheit der österreichischen Unternehmer, der ÖVP und der ihr nahestehenden Medien" (S.2.) besteht, ist also der eigentliche Gegner und nicht die Regierung, die Trägerin der monopolkapitalistischen HS-Reform, weil dieses die "tendenziell systemüberwindenden" (!) Reformen der SPÖ hintertreibt und nicht



richtig wirksam werden läßt.
So wird verschleiert, daß die HS-Reform kein Kompromiß zwischen Fortschrittlichen und Reaktionären ist, sondern durch und durch von den Interessen des Monopolkapitals diktiert ist. Natürlich muß die SP, um sich als Regierungspartei zu halten, auf den Widerstand der Professoren und anderer reaktionärer Kräfte in gewisser Weise Rücksicht nehmen. Darum ist auch das UOG noch nicht verabschiedet worden. Aber der reaktionäre Protest der Professoren, die eines Teils ihrer Privilegien verlustig gehen, zeigt nur, daß auch sie in einer bestimmten Weise in Konflikt mit dem Monopolkapital geraten, nicht aber daß das Monopolkapital (bzw. sein geschäftsführender Ausschuß, die SP) fortschrittlich ist!
An den Widerstand der reaktionären Professoren anknüpfend, die fürchten, durch die vom kapitalistischen Staat durchgeführte Reform um einen Teil ihrer Privilegien gebracht zu werden, kommt der VSStÖ zu folgender Interpretation: "Jede legistische Reform der Bildungsproduktion kann aber auch nur die formalen Voraussetzungen der qualitativen Veränderungen der HS und im Zusammenhang damit der Gesellschaft bieten, nicht aber inhaltliche Alternativen erstellen. Daraus folgt: die beste HS-Reform bleibt nur formal, wenn sie nicht täglich am Arbeitsplatz der Studenten, der HS, verwirklicht wird. Die beste Parität bleibt auf dem Papier, wenn die Studenten ihre Inter - essen nicht durchsetzen, wenn sie ihre Möglichkeiten nicht wahrnehmen." (rp 2/73, S.1, Hervorhebung von den SP-Agenten).
Hier finden wir den gefährlichsten Teil der VSStÖ-Demagogie, die totalste Verdrehung der Wahrheit, die schlimmste Apologie der Reform und der SP, und damit die Verteidigung der monopolkapitalistischen Politik, in wenigen Sätzen zusammengefaßt. (Klar, daß der VSStÖ die Betonung der Notwendigkeit des Kampfes gegen die SPÖ als "obligates Gewäsch" (rp. S.5) bezeichnet.)
Nicht nur, daß die Reform als "progressiv" angepriesen und verteidigt wird. Die Studenten werden noch dazu aufgefordert, sich aktiv an ihrer Durchsetzung zu beteiligen! Sie sollen doch "ihre Möglichkeiten wahrnehmen". Wer da nicht mitmacht, wer sich dagegen wehrt, sich vor den Karren der technokratischen HS-Reform spannen zu lassen, der gehört zu der "verbalradikalen Uni-Linken", die es aus Dummheit oder Dogmatismus verabsäumt hat, sich an "inneruniversitären Auseinandersetzungen um Machtpositionen" (rp 2/72, S.2) zu beteiligen.
In Wirklichkeit verlaufen die Fronten ganz anders. Sie verlaufen nicht zwischen "Ausgehen von studentischen Interessen" und "Linkssektierern", sondern zwischen Apologie der HS-Reform und konsequent demokratischem Kampf dagegen: Und es wäre auch falsch, die Schwindelgremien der Mitbestimmung nicht für diesen Kampf ausnützen zu wollen. Zugleich darf aber kein Zweifel darüber gelassen werden, welche Funktion ihnen eigentlich von den Herrschenden an der Uni, die eben nicht in einem Ordinarienklüngel bestehen, zugedacht sind: Daß sie zu nichts anderem dienen, als die Studenten bei den Verschärfungen, bei der Indoktrination mit reaktionären bürgerlichen Inhalten mitbestimmen zu lassen, um entstehende Kämpfe um eine Ausbildung im Dienst des Kapitals abzublocken, bzw. gar nicht aufkommen zu lassen. Alle jene, die die Studenten auffordern, durch das Ausnützen der Mitbestimmungsgremien die HS-Reform zu unterstützen bzw. ohne Kampf gegen die HS-Reform einen Ausbau der Mitbestimmung fordern, tun nichts anderes, als sich vor den Karren der monopolkapitalistischen HS-Reform spannen zu lassen.

»Basisorientierte« Politik - Politik zur Durchsetzung der HS-Reform

Die "basisorientierte" Politik des VSStÖ hat also keine andere Funktion als die aufkeimende demokratische Bewegung auf der Uni so schnell wie möglich in eine Bewegung zur Durchsetzung und Beschleunigung der HS-Reform zu machen. Daher kritisiert der VSStÖ an der HS-Reform nur bestimmte Punkte des UOG, nur daß es für seinen Zweck nicht optimal geeignet ist. Er fordert Semiparität! (Mit dieser Forderung versucht er

sich krampfhaft von der ÖSU abzugrenzen, die inzwischen das vertritt, was der VSStÖ vor dem Regierungsantritt der SPÖ mit dieser Partei ausgearbeitet hat - das Hochschulprogramm der SPÖ.) Nun wird kein fortschrittlicher Student prinzipiell gegen die Semiparität sein. Aber es macht einen gewaltigen Unterschied aus, ob man die HS-Reform gutheißt, alles tut, um sie durchzusetzen und dann noch die Mitbestimmung, die den Studenten den Charakter der Reform verschleiern soll, als "demokratisch" feiert, indem man die Forderung nach Semiparität erhebt, oder ob man ganz klar aufzeigt, wem die HS-Reform dient, warum man dagegen kämpfen muß und wie man für diesen Kampf auch die Mitbestimmungsgremien ausnützen kann. Der gewaltige Unterschied, um den es hier geht, ist genau der zwischen Reaktion und Fortschrittlichkeit.

Weil der VSStÖ also auf der anderen Seite der Barrikaden steht, weil er sich im Lager der Bourgeoisie befindet, deswegen findet man bei ihm auch keinerlei Kritik an den Ausbildungsinhalten. Wie immer versucht er auch hier die studentische Bewegung in die Sackgasse des alleinigen Kampfes gegen die Ordinarien zu lenken. Das Unbehagen vieler Studenten an der Unfähigkeit der bürgerlichen Wissenschaft, an ihrer Weigerung, sich mit gesellschaftlich relevanten Problemen auseinanderzusetzen, fängt der VSStÖ auf und richtet es gegen die "herrschenden Lehrmeinungen" der Ordinarien. Sein vorgeblicher Kampf gegen die Indoktrination mit bürgerlicher Ideologie auf der HS besteht in der Forderung nach "Vielfalt der Lehrmeinungen", sowie "Berufung marxistischer Wissenschaftler". Als ob die Ordinarien daran schuld wären, daß bei uns bürgerliche Wissenschaft gelehrt wird! Das zu behaupten ist im grunde dasselbe wie zu behaupten, daß die Ordinarien schuld an unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung wären! Denn die bürgerliche Wissenschaft, die zu lehren Aufgabe eines anständigen Ordinarius'ist, das ist eben die zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Produktion und Herrschaftsordnung nötige und adäquate Wissenschaft. Sie wird die herrschende Wissenschaft bleiben, solange der Kapitalismus selber herrscht. Daran ändert auch die Berufung von ein paar Marxisten an die Uni vorderhand einmal überhaupt nichts. Das heißt freilich nicht, daß man warten muß, bis der Kapitalismus einmal durch irgendein Wunder gestürzt wird. Vielmehr ist gerade auch die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, das Aufzeigen ihres Zusammenhanges mit der kapitalistischen Klassenherrschaft, was durch marxistische Professoren unterstützt werden kann, ein wichtiger Faktor, um möglichst

Nicht verzweifeln



und ausflippen...



...oder sich kleinkriegen lassen...



...sondern in den VSStÖ-Institutsbasisgruppen für ...DIE HS-REFORM KÄMPFEN!

breite Teile der Studenten für den Kampf gegen eine Ausbildung im Dienste des Kapitalismus zu gewinnen. Und um in diesem Kampf erfolgreich zu sein, müssen gerade auch solche "linken"bürgerlichen Agenten unter den Studenten wie der VSStÖ einer ist, entlarvt werden.



SOLIDARITÄT MIT W.MASSL

Solidarität mit W. Massl – für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf

Am 9.Mai wurde die Einstellung W. Massls als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Rechtssoziologie der Juridischen Fakultät der Universität Salzburg vom Professorenkollegium abgelehnt. Die Ablehnung wurde von den Professoren zwar später in der Öffentlichkeit mit formalen Gründen gerechtfertigt, doch waren während der Fakultätssitzung nachweislich politische Kriterien ausschlaggebend. W.Massl wurde abgelehnt, weil er den Professoren als Mitglied der KPÖ-Studentenorganisation bekannt war.

In der Folge kam es vor allem unter den Salzburger Studenten zu einer breiten Mobilisierung gegen diesen Akt politischer Unterdrückung, der gerade in Salzburg kein Einzelfall ist, (Hörsaalverbote, etc.). Den Höhepunkt erreichte die Bewegung in einer Protestversammlung am 17.5., bei der einhellig die sofortige Einstellung Massls und die freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf verlangt wurden. Darüber hinaus wurde von der Uni-Bürokratie die Aufhebung einer Reihe von weiteren Maßnahmen zur Unterdrückung mißliebiger politischer Organisationen verlangt: Beseitigung der Hörsaal-Gebühren und freie Hörsaalvergabe, Aufhebung der einwöchigen Anmeldefrist für Veranstaltungen, des Verbots von Informationsständen und der Vidierungspflicht.

Wir drucken in der Folge die Rede ab, die von einem Genossen des MSB auf dieser Versammlung gehalten wurde, in der die wichtigsten Erfahrungen, die bis dahin gemacht worden waren, zusammengefaßt werden.
Den Forderungen breiter Teile der Studenten ist die Uni-Bürokratie bis jetzt nicht nachgekommen.
Die Illusion vieler Studenten, das Firnbergministerium würde gegen diese politische Unterdrückung vorgehen , wurde durch die Ereignisse völlig zerstört: das Ministerium stellte sich eindeutig hinter die Professoren. Es ist sich mit ihnen einig in der Unterdrückung demokratischer Kräfte. Das darf uns nicht wundern, stellt doch das vom Ministerium eingebrachte UOG selbst ein Mittel zur Unterdrückung dar.

MSB-Referat auf der Hörerprotest-versammung

Kollegen, Freunde, Genossen!

Gestern vormittag wurde in der Sitzung des Hauptausschusses der ÖH vor ca. 100 anwesenden Studenten ein Antrag des RFS mit folgendem Wortlaut angenommen: "Wer einer Organisation angehört, die unsere Gesellschaftsordnung als Basis politischer Auseinandersetzung von Haus aus ablehnt, braucht die Möglichkeiten unserer Gesellschaftsordnung nicht in Anspruch zu nehmen. Deshalb unterstützt der Hauptausschuß niemanden, der sich außerhalb der allgemeinen Basis unserer Gesellschaftsordnung stellt."

Damit wurde jenen Studenten klar, die angenommen hatten, die in der ÖSU-Resolution verwendete Formel "Politische Betätigung kann kein Grund sein, eine Anstellung zu verweigern" würde von der ÖSU ernst genommen, daß dies alles nur ein Manöver gewesen war, die Studenten zu beschwichtigen. Bruchlos stimmen nämlich die übrigen Vorschläge dieser versteckten und offenen Handlanger der Reaktion damit überein. Verlagerung der Angelegenheit in das Fakultätskollegium, Regelung dieser Angelegenheit ohne Unter - Druck - Setzung durch Aktionen. Im Klartext: völlige Abwürgung jeglicher Solidaritätsbewegung und Rückverlagerung des Geschehens in geheime Mauschlgremien. Es war uns von vornherein klar, daß die ÖSU und der RFS politische Vertreter der Kapitalistenklasse an der Hochschule sind und in Fragen der Demokratie den Standpunkt eben dieser Klasse durchzudrücken versuchen. Die HA-Sitzung bewies aber nicht nur uns, sondern vielen Studenten, die sich erst in der Angelegenheit der politischen Disziplinierung des Koll. Massl eine politische Meinung bildeten, die völlig undemokratische Grunhaltung dieser Studentenvertreter. Sie bewies, daß die ÖSU keineswegs für die freie politische Betätigung ist, sondern dafür, daß jeder, der den Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft in Frage stellt, im Staatsdienst nichts verloren hat und hinausgesäubert gehört. Sie bewies, daß sich diese "Demokraten" vor der Verantwortung vor den Studenten fürchten und alles unternehmen, die Studenten vor der Beschneidung und dem Abbau demokratischer Rechte nicht nur gar nicht erst informieren, sondern daß sie versuchen, die Studenten einzuschläfern und die Entrechtung selbst vorantreiben helfen. Das zeigte sich darin, daß von der ÖSU vor Kampfaktionen schärfstens gewarnt wurde, als auch darin, daß die ÖSU mitsamt dem RFS einen im HA beantragten Tagesordnungspunkt über politische Disziplinierung an der Salzburger Uni (Hörsaalverbote, etc.) überhaupt nicht behandelt wissen wollte. Kurz: Abwiegelung, Täuschung und schließlich Hand-in-Hand-gehen mit dem RFS und der schwärzesten Reaktion war und ist die Politik der ÖSU im Fall Massl.

Wir meinen dagegen, daß der Kampf um Rechte und politische Freiheiten an der Uni von den Studenten selbst aktiv in die Hand genommen werden muß. Es werden nun Kollegen vielleicht denken, daß ja ihre Rechte und Interessen gar nicht auf dem Spiel stehen, sondern nur die des Kollegen Massl, der Mitglied des KSV ist und deshalb keine Stellung bekommen soll. Ein Kampf für Koll. Massl wäre daher ein Kampf für seine persönlichen Rechte und mit seiner Wiedereinstellung würde wieder Ruhe und Frieden eintreten .

Solche Überlegungen und Gedanken, die zweifellos auch noch bei einem Teil derjenigen vorhanden sind, die sich jetzt mit Koll. Massl voll solidarisieren, resultiert einzig und allein aus der Unentwickeltheit, der fehlenden Tradition der

Auseinandersetzungen zwischen der Bourgeoisie und der demokratischen Bewegung an den österreichischen Hochschulen. Blickt man in die BRD, wo diese Auseinandersetzungen an den Hochschulen tatsächlich entwickelt ist, und wo es nicht nur einen, sondern hunderte von Fällen Massl gibt, so läßt sich dort aus der Kampfbereitschaft und den Kampfzielen der Bewegung an den Hochschulen die klassenmäßigen Bedingungen der Auseinandersetzungen leicht begreifen: 20 000 demonstrierten zB. gestern wiederum in Berlin gegen das Berufsverbot von Demokraten und Kommunisten und gegen die Radikalenerlässe der Ministerpräsidenten der Länder vom April 1972. Es wird dabei deutlich, daß in der BRD schon eine große Anzahl von fortschrittlichen Studenten diesen Kampf aus der Notwendigkeit begreift, aktiv ihre Rechte und Freiheiten gegen die Bourgeoisie durchsetzen zu müssen.

Bei uns geht diese Perspektive aufgrund des Standes der Bewegung allzu leicht verloren. Weil es in Salzburg bisher der einzige Fall ist, wo offen politische Begründungen für eine Ablehnung vorliegen, weil die ideologische Auseinandersetzung mit der Wissenschaft der Bourgeoisie hier in Salzburg noch so wenig unter den Studenten verankert ist, deshalb besteht die Gefahr, daß sich der Fall Massl nur auf seine Person zuspitzt und die tatsächliche politische Ebene, auf der sich dieser Fall dabei bewegt, dabei verloren geht. Diese Angelegenheit soll eben nicht nur als ein Angriff auf die Person des Kollegen Massel gesehen werden, sondern ist als Beginn des Angriffs auf jeden einzelnen Studenten, der zur bürgerlichen Gesellschaft und zur bürgerlichen Wissenschaft in Opposition steht, zu beurteilen. Vorgetragen wird dieser Angriff hier zunächst noch nicht von der Seite des Staates (wie z.B. in der BRD; das ist jetzt in Österreich auch noch gar nicht notwendig), sondern von der Seite einzelner Professoren, von besonders reaktionären Handlangern der Kapitalisten im wissenschaftlichen und ideologischen Bereich. Gerade jene Leute der juridischen Fakultät, die an Gesetzen herumbasteln, die zur Unterdrückung und Niederhaltung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes dienen (z.B. Arbeitsverfassung; §144,) gerade jene Leute, die in allen Gutachten und Stellungnahmen mehr oder minder offen, mehr oder minder heuchlerisch den Schutz einer kleinen Minderheit der Bevölkerung, der Kapitalisten, gegen das Volk zur obersten Maxime ihres Denkens erheben, diese Leute haben jetzt einen Beschluß gefällt, der eine Grundlage bieten kann, jedem der auf dem Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus oder nur irgendwie kritisch zur bürgerlichen Wissenschaft steht, sich politisch als Kommunist oder als Demokrat verhält, zu verweigern, im Staatsdienst an der Universität beruflich tätig zu sein. Auf dieser Ebene sehen wir diesen Fall und deshalb sind wir der Ansicht, daß nur durch eine möglichst breite Informierung, Aufklärung und Aktivierung der Studenten der Salzburger Universität am meisten, durch Mauschelei aber, durch Einschläferungstaktik aber am wenigsten erreicht wird, und gerade dadurch die Entrechtung noch weiter vorangetrieben wird. Eine Entrechtung, eine Einschränkung und Abbau von Rechten, die nicht innerhalb der HS halt macht (vgl. die Entlassung bezw. Versetzung von Prof. Stadler) und die an der Salzburger Universität nicht erst bei Massl beginnt, sondern schon bei den unzähligen Versuchen der Hochschul-Bürokratie, jegliche politische Aktivitäten nicht genehmer politischer Gruppen zu beschneiden.

So wurde z.B. für die Abhaltung dieser Veranstaltung die Benützung des Hörsaals 302/Wallistrakt abermals untersagt, nachdem anläßlich des Nixon Besuchs in Salzburg dort ein Teach-in abgehalten worden war und dabei fortschrittliche Parolen an die Wand gemalt worden waren. Weiters die bestehende Vidierungspflicht hat den Sinn ÖSU und RFS eine möglichst große Publizität zu verleihen und nicht genehme Plakate zu verbieten. (z.B. wurde eine Wandzeitung des MSB mit der Aufschrift "Zwingen wir die

ÖH zu einer eindeutigen Stellungnahme" nicht vidiert). Im Zusammenhang mit der Hörsaalfrage wurde in der gestrigen Senatssitzung erwogen,die im AHStG verankerte Bestimmung buchstabengetreu auszulegen,nach der nur wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen an der Universität abgehalten werden dürfen.Würde der Senat das durchsetzen,so hätten linke Organisationen (den Rechte wäre das natürlich nur recht) keine Möglichkeit mehr politische Veranstaltungen abzuhalten.All diese versteckten und offenen Maßnahmen,die von der Unibürokratie im Interesse des bürgerlichen Staates praktiziert werden,kann nicht mit der möglichst geringsten Opposition entgegengetreten werden,sondern nur mit dem entschiedensten Kampf um die Durchsetzung demokratischer Rechte und mit der aktiven Ausnützung demokratischer Freiheiten werden wir Erfolg haben und den bürgerlichen Kräften nicht das Feld überlassen.An den konkreten Fällen muß dabei klar werden daß wir diesen Kampf gar nicht als Selbstzweck führen können.Sondern in allen Fragen des Kampfes um Demokratie werden wir als Kommunisten versuchen,eine klare Stoßrichtung gegen die Bourgeoisie herauszuarbeiten,um dazu beizutragen,daß die Studenten den Kampf für ihre Sonderrechte überwinden und zu verstehen beginnen,daß nur der gemeinsame Kampf mit der Arbeiterklasse und anderen Teilen des Volkes um Demokratie und Sozialismus ihre Interessen in einer fortschrittlichen Richtung verallgemeinert.Dieser Kampf ist heute nicht entwickelt.Eine Einheit der Volkskämpfe ist für die Masse der Studenten in Österreich noch nicht erlebbar.Trotzdem werden wir uns auch schon heute in jeder einzelnen Frage des Kampfes um Demokratie - auch im Fall Massl - an diese Perspektive halten, um in jeder Tagesfrage eine ideologische Klarheit vermitteln zu können.

Um den Kampf im Fall des Kollegen Massl auf eine möglichst hohe Stufe zu heben,wäre es nötig gewesen,daß die ÖH eine Universitätsversammlung einberuft,auf der vor den Studenten alle Standpunkte diskutiert und Beschlüsse über Kampfmaßnahmen hätten gefaßt werden können.Dieser Antrag wurde von den Studenten bei der gestrigen HA-Sitzung auch gestellt. Die ÖSU-RFS-Mandatare haben das kategorisch abgelehnt.Sie hatten Angst vor der Masse der Studenten.

Sie können sich allerdings auch beim SP-Ministerium bedanken.Im Entwurf zum neuen ÖH-Gesetz wird der im ÖH-Entwurf 72 vorgesehene Studententag,an dem sich ÖH-Mandatare vor den Studenten zu verantworten gehabt hätten,abgeschafft. Statt dessen wird die von der ÖSU dominierte ÖH von der Verantwortung gegenüber den Organen auf Institutsebene,von den Hörerversammlungen,den Institusvertretungen noch mehr als bisher abgeschirmt. Die ÖSU-ÖH-Mandatare brauchen sich an keinerlei Beschlüsse der Studenten binden zu lassen, wenn sie jemandem verantwortlich sind, dann nur dem Ministerium, dessen Aufsicht sie letztlich als Mitglieder einer Körperschaft Öffentlichen Rechts unterstellt sind. Zu diesem Zweck lassen sich die Herrn von ÖSU und RFS alle zwei Jahre wieder einmal wählen, um sich dann in ihren Funktionärssessel wieder breit zu machen, sich jeder Verantwortung vor den Studenten wieder zu entziehen, abzuwiegeln, und höchstens Stellungnahmen für die monopolkapitalistische Hochschulreform abzugeben oder Vertreter der Industriellenvereinigung zu Vorträgen einzuladen. Aber- so sagen diese Herren- wir sind demokratisch bestätigt. Das ist der wesentliche Inhalt ihres Demokratieverständnisses.

Nur gegen den Willen dieser Handlanger der Kapitalisten können wir den Kampf zu führen und zu verbreiten beginnen!

* KAMPF DER BESCHNEIDUNG UND DEM ABBAU DEMOKRATISCHER RECHTE!

* FÜR FREIE HÖRSAALVERGABE!

* FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG AN DEN HOCHSCHULEN UND IM BERUF!

* KAMPF DER POLITISCHEN DISZIPLINIERUNG VON DEMOKRATEN UND KOMMUNISTEN!

* FÜR DIE SOFORTIGE EINSTELLUNG DES KOLLEGEN MASSL!



LIBANON: KOMPLOTT DER REAKTION ZUR LIQUIDIERUNG DER WIDERSTANDSBEWEGUNG

Der letzte Angriff der libanesischen Reaktionäre auf die palästinensischen Flüchtlingslager und die Widerstandsbewegung mag für viele, die die Erklärungen der arabischen Regierungen gegen Israel für bare Münze nehmen, überraschend gekommen sein. Tatsächlich aber waren sie nur das Resultat der systematischen Verschärfung der Gegensätze zu den Palästinensern durch die libanesische Regierung.
Die libanesische Handels-und Finanzbourgeoisie, die herrschende Klasse in einem Land, dessen Volkseinkommen zu 68% aus dem Dienstleistungssektor stammt, stellt ein wichtiges Vermittlungsglied im Waren-und Finazverkehr zwischen dem mittelöstlichen Hinterland, besonders den ölproduzierenden Staaten und den imperialistischen Metropolen dar. Der abhängige und parasitäre Charakter der libanesischen Ökonomie (der die Krisenanfälligkeit des Systems vergrößert) findet in der engen Anlehnung der herrschenden Klasse an den westlichen Imperialismus und dessen reaktionäre Bastionen unter den arabischen Staaten seinen politischen Ausdruck. Dazu kommt die elende Lage der libanesischen Arbeiter und Bauern, die der fast schrankenlosen Ausbeutung durch die Kapitalisten und Großgrundbesitzer ausgesetzt sind und von deren Schergen unterdrückt werden (zur Lage der libanesischen Volksmassen und ihrem Kampf vgl. KHZ,Nr.4/73).
Die Existenz einer starken Widerstandsbewegung,die den Kampf der palästinensischen Volksmassen gegen Zionismus und Imperialismus organisiert und anleitet, stellt für das politisch und militärisch schwach auf den Beinen stehende libanesische Regime eine beträchtliche Gefahr dar. 300 000 Palästinenser im Libanon (davon 90 000 in Flüchtlingslagern) , die in der Widerstandsbewegung ihre politische Vertretung sehen, sind ein bedeutender Machfaktor im Land, besonders unter den Bedingungen des sich ständig ausweitenden Kampfes der libanesischen Arbeiter und Bauern gegen Großgrundbesitz und Kapital. Wie in Jordanien, so beschleunigte die Existenz des kampfentschlossenen palästinensischen Volkes und seiner bewaffneten Einheiten auch im Libanon den Prozeß der Polarisierung zwischen den Herrschenden und dem Volk.Die libanesischen Arbeiter und Bauern gewinnen zunehmend die richtige Erkenntnis, daß ihre Interessen und die Interessen der palästinensischen Guerillas identisch sind und daß ihr Kampf gegen Großgrundbesitz und Kapital eng verbunden ist mit dem Kampf gegen den nationalen Feind Israel.

Die ersten Aus-einandersetzungen um das Kairoer Abkommen

Die Versuche der libanesischen Reaktionäre, die palästinensische Widerstandsbewegung zu liquidieren, haben ihre Geschichte. Sofort nach dem Sechstagekrieg begannen Regierung und Armee damit, die sich gerade erst in relevantem Ausmaß entwickelnde Tätigkeit der Widerstandsbewegung im Keim zu ersticken. Um diese konterrevolutionäre Politik vor der arabischen Öffentlichkeit und gegenüber der Opposition im eigenen Land zu verbergen, verhängte die libanesische Regierung eine strenge Nachrichtensperre über den Süden des Landes. Damals mußte jede Zeitung,die es wagte Nachrichten über die Bekämpfung der Partisanen im Süden seitens der libanesischen Regierung zu verbreiten, mit Verbot und Gerichtsverfahren rechnen. Trotzdem konnten die verschiedenen demokratischen und fortschrittlichen Organisationen und Parteien eine breite, wenn auch spontan verlaufende Solidaritätsbewegung mit der palästinenschischen Revolution initiieren, als Anfang 1969 die Regierung immer härter gegen die Palästinenser vorzugehen begann.

Im April 1969 kam es zu ausgedehnten Straßenschlachten zwischen Demonstranten, die die Einstellung aller Aggressionshandlungen gegenüber der Widerstandbewegung forderten und Polizei- und Armeeeinheiten, wobei 30 Menschen ums Leben kamen und ca. 100 verletzt wurden. Am 31. Mai 1969 veröffentlichte der damalige libanesische Staatspräsident Helou einen Erlaß, in dem er die Tätigkeit der palästinensichen Guerillas im Libanon als "Verletzung der libanensischen Souveränität" bezeichnete und der Widerstandsbewegung den Kampf ansagte. Um Widerständen gegen das geplante, noch härtere Vorgehen gegen die Palästinenser innerhalb der Regierung vorzubeugen, wurde diese umgebildet. Kamal Dschumblatt, Führer der "Sozialistischen Fortschrittspartei", der als Innenminister versucht hatte, "Kompromisse" mit den Palästinensern zu erzielen, wurde aus seinem Amt entlassen.



"Brüderliche Hilfe" leistet der libanesische Soldat einem palästinensischen Genossen.

Im Oktober 1969 war es dann soweit: starke libanensische Armee-Einheiten stürmten die Flüchtlingslager. Die Fedayin zogen ihre Einheiten aus Syrien und Jordanien zusammen und leisteten den Regierungstruppen erbitterten und letzlich erfolgreichen Widerstand. Das den Kämpfen folgende Verhandlungsergebnis war ein Kompromiß und zugleich eine Niederlage für die Reaktion. Im Kairoer Abkommen vom November 1969 mußte der Stabschef der libanensischen Armee Emile Bustani den Partisanen ausdrücklich das Recht zugestehen, auf libanesischem Territorium zu operieren und Stützpunkte zu errichten. Ferner wurde durch dieses Abkommen den 15 Flüchtlingslagern im Libanon Exterritorialität zugesichert. Die Palästinenser mußten sich als Gegenleistung dafür verpflichten, von



GROSSE ZERSTÖRUNGEN richtete die libanesische Luftwaffe mit Bomben und Raketen in den Flüchtlingslagern nahe Beirut an.

libanesischem Territorium aus keine Kommandoaktionen gegen Israel zu unternehmen.

Das Kairoer Abkommen sicherte der palästinensischen Widerstandsbewegung ihre Unabhängigkeit von der libanesischen Regierung und erleichterte ihr die Sammlung und Reorganisation ihrer Kräfte nach der Niederlage im Krieg gegen die jordanische Reaktion vom September 1970. In den Flüchtlingslagern hatten die Volksmassen die Verwaltung selbst in die Hand genommen. Die politische und militärische Erziehung der Flüchtlinge in den Lagern durch die Kader der verschiedenen Organisationen konnte ab nun unbehelligt von den libanesischen Behörden betrieben werden. In allen Lagern bildeten sich Volksmilizen, die alle erfaßten, die fähig waren, eine Waffe zu tragen. Aus den Volksmilizen rekrutierten die Widerstandsorganisationen ihre Kämpfer, die für die Einsätze in den von Israel besetzten Gebieten oder in Jordanien in seperaten Ausbildungslagern vorbereitet wurden. Vor den Flüchtlingslagern patrouillierten Fedayin: libanesische Soldaten und Polizisten versuchten nach der Niederlage von 1969 lange Zeit erst gar nicht, die Lager zu betreten. Das gleiche galt für die weiten Gebiete im Süden des Landes, die voll unter der Kontrolle der Widerstandsbewegung standen (z.B. das sogenannte "El-Fatah-Land" nahe der syrischen Grenze).

Neuerliche Angriffe

Im Gefolge der israelischen Aggressionen gegen den Libanon im Herbst 72 nahm die libanesische Regierung ihre Angriffe auf die Palästinenser wieder auf. Dabei kann man durchaus von kombinierten Aktionen zwischen der israelischen und derllibanesischen Armee sprechen, wobei die libanesischen Reaktionäre nach folgendem System vorgingen: aus Anlaß der israelischen Aggression verhängt die libanesische Regierung das Kriegsrecht über das Gebiet; die libanesische Armee marschiert unter dem Vorwand der Vaterlandsverteidigung in die von der Widerstandsbewegung kontrollierten Gebiete ein, setzt damit das Kairoer Abkommen außer Kraft, hält die libanesischen Volks-

massen und die Palästinenser in Schach, während sie endlose und zermürbende Verhandlungen mit opportunistischen Vertretern der Führung der PLO führt.

gegen die palästinensischen Terroristen richte. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß der Libanon sich im israelisch-palästinensischen Konflikt streng neutral verhalten solle.



Armeechef Ghanam, Armin Hafez, Arafat.
Der Opportunismus stärkt die Reaktion!

Das direkte Zusammenspiel zwischen Imperialismus, Zionismus und libanesischer Reaktion läßt sich jedoch noch viel deutlicher an Hand der Begleitumstände der zionistischen Angriffe auf die Hauptquartiere und Stützpunkte der Widerstandsbewegung am 10. April dieses Jahres demonstrieren. 12 Stunden vor dem Massaker wurde der amerikanische Botschafter in Beirut von Staatspräsident Franjieh empfangen. Der US-Diplomat bemerkte dabei, daß die Entwicklung der Lage eine erhöhte Aufmerksamkeit seitens des Libanon erfordere. Die libanesische Regierung müsse unter allen Umständen verhindern, in eine militärische Konfrontation mit Israel verwickelt zu werden. Wenn z.B. Israel eines Tages auf die Idee käme, irgendwo im Libanon zu landen, so müsse man verstehen, daß sich dieser Schlag nicht gegen den Libanon, sondern einzig und allein

Wie die französische Zeitschrift "Afrique-Asie" berichtete, war die Vorbereitung der zionistischen Kommandoaktion das gemeinsame Werk der Geheimdienste mehrerer imperialistischer Länder und ihrer Verbündeten im Nahen Osten gewesen. Der Leiter dieses Vorbereitungsstabes sei ein amerikanischer Generalleutnant gewesen, unterstützt vom ehemaligen US-Botschafter in Beirut Armin Meyer und einem Oberst des israelischen Geheimdienstes. Dieser gemeinsame Ausschuß der verschiedenen Geheimdienste trifft sich angeblich regelmäßig in London und unterhält engste Kontakte mit den"Experten" der Geheimdienste Jordaniens, des Iran, Äthiopiens, Saudi-Arabiens, des Sudan (!), des Libanon sowie gewisser ungenannter westlicher Mächte.
Die Herren dieser noblen Runde hatten höchstwahrscheinlich auch die Absprachen mit den libanesischen

Behörden getroffen. Jedenfalls ereigneten sich zu dieser Zeit eine Reihe merkwürdiger "Zufälle". So z.B.:

- 3 Stunden vor dem israelischen Angriff wurden die Telefonleitungen des Büros der PLO durchschnitten. Sie wurden erst nachdem die zionistischen Mörder entkommen waren wiederhergestellt.
- Mit dem Vorwand, daß eine große Gendarmeriekaserne nur 83 m von den Quartieren der drei später getöteten Führer entfernt sei, hatten libanesische Sicherheitsbeamte die palästinensischen Führer dazu bewogen, die Anzahl ihrer Wachen zu verkleinern und ihre Maschinenpistolen durch einfache Revolver zu ersetzen.
- Der Chef der "Armed Struggle Command" (der Dachorganisation der bewaffneten Einheiten von 10 Widerstandsorganisationen) Aban Khaled, der mit Verstärkung zu den von den Zionisten angegriffenen Wohnungen kam, wurde durch eine Straßensperre von der Gendarmerie aufgehalten.
- Der Zustand der sofortigen Einsatzbereitschaft der Armee, in dem sie sich zwei Monate lang befunden hatte, wurde am Tag des Überfalls aufgehoben. Um 1h35 alarmiert, reagierte die Armee erst nach 3 Stunden und ließ dem Feind damit die Möglichkeit sich zurückzuziehen.

Die Kämpfe im Mai

Nach dem zionistischen Überfall in Beirut begannen die libanesischen Reaktionäre selbst eine Reihe von Provokationen gegen die Widerstandsbewegung zu starten. Am 1. Mai, also einen Tag vor dem Ausbruch der Kämpfe, nahm die libanesische Polizei 10 Fedayin unter fadenscheinigsten Vorwänden fest. Die PLO versuchte zuerst, über Kontakte mit den Behörden die Freilassung dieser Genossen zu erwirken. Als das nichts nützte, verhaftete die Demokratische Volksfront (FPDLP) zwei libanesische Offiziere, die sich in einem von der Widerstandsbewegung kontrollierten Gebiet widerrechtlich aufhielten, um sie als Geiseln für die Freilassung der inhaftierten Palästinenser zu verwenden. Die libanesische Armee umstellte daraufhin die 5 Flüchtlingslager in den Vororten von Beirut und richtete ein Ultimatum an die Widerstandsbewegung, die beiden Offiziere sofort freizulassen. Zu den ersten bewaffneten Auseinandersetzungen kam es in Beirut beim Informationsbüro der FPDLP, wo drei libanesische Soldaten bei dem Versuch, in das Büro einzudringen, erschossen wurden. Die Kämpfe dehnten sich sofort auf ganz Beirut aus. Als nächstes beschoß die Armee das Büro der PLO, das Hauptquartier Yasser Arafats und die 5 um Beirut gelegenen Flüchtlingslager mit Artillerie. Der erste, am Abend des zweiten Mai zwischen Amin Hafez und Arafat, der ohne Auftrag der PLO verhandelte, abgeschlossene Waffenstillstand wurde bereits am nächsten Morgen gebrochen.

Die Parteien der libanesischen Linken, die ein Solidaritätskomitee zur Unterstützung der palästinensischen Revolution gebildet haben, riefen das libanesische Volk zu aktiver und direkter Unterstützung der Widerstandsbewegung auf. Mehrere Stadtviertel Beiruts waren unter der gemeinsamen Kontrolle der palästinensischen Widerstandsbewegung und der libanesischen Volksmilizen, die sich rasch formierten. Die Arbeiter der Gewerkschaften von Sidon besetzten strategisch wichtige Punkte dieser 45 km von Beirut an der Hauptverbindungsstraße mit dem Süden gelegenen Stadt und widersetzten sich den libanesischen Truppen, die passieren wollten. Der Mord an vier Führer der PLO in Rachaya (Südlibanon) löste im ganzen libanesischen Hochland (Bekaara) sowie im Süden heftigste Kämpfe aus. Breite Teile des Volkes erhoben sich und kämpften Seite an Seite mit den Fedayin gegen die Reaktion, was einen bisher einmaligen Akt der Solidarität des libanesischen mit dem palästinensischen Volk bedeutet.

Während der anhaltenden Kämpfe legte die libanesische Armee sämtliche Stützpunkte der Palästinenser unter Artilleriebeschuß und beschoß aus Düsenjägern die Flüchtlinge und ihre ärmlichen Hütten und Baracken. Staatspräsident Franjieh erklärte in dieser Zeit widerholt, daß er das Kairoer Abkommen prinzipiell ablehne und die Flüchtlingslager der Kontrolle durch die Armee unterstellen wolle.

Der Kampf der Linien in der Widerstands-bewegung

Wie in ähnlichen Krisensituationen immer, entlarvte sich die opportunistische Linie der rechten El-Fatah-Führung auch diesmal als kapitulantenhaft. Die fortgesetzte opportunistische Politik dieser Elemente hatte schon im September 1970 zu unnötigen Zugeständnissen an die Reaktion geführt. Damals



stand das nördliche Gebiet Jordaniens bis zu den syrischen Grenzen unter Kontrolle der revolutionären Kräfte. Die Stadt Irbid war fest in den Händen der Volksmiliz, die entschlossen war, den Kampf fortzusetzen. Arafat, damals vom ZK der PLO beauftragt, einen Waffenstillstand mit Hussein zu schließen, kam den jordanischen Henkern mit seiner Unterschrift unter das Kairoer Abkommen vom 27.9.1970 eigenmächtig weitestgehend entgegen. Er übergab damit unberechtigterweise die Kontrolle über Irbid der Reaktion. Anfang Oktober stimmte Arafat den "Vermittlungsangeboten" des tunesischen Ministerpräsidenten Adghan zu und beschloß, die Guerillas aus den Städten zu ziehen, was sich als äußerst schwerer militärisch-strategischer Fehler herausgestellt hat und den Palästinensern viele Opfer kostete. Nun begannen die Fedayin, sich in den Bergen von Dscherasch und Adschloun zu konzentrieren. Als die von den Amerikanern neu aufgerüstete jordanische Armee jedoch im Dezember die neuen Stützpunkte angriff, erklärte die Führung sich für den Abschluß eines Waffenstillstandes unter der Bedingung der Entwaffnung der Volksmilizen bereit. Der Reaktion war es daher ein leichtes, die in den Bergen isolierten Guerillas im Juli 1971 aufzureiben.

Im September und Oktober 1972 kam es innerhalb der El-Fatah zum Ausbruch schärfster Auseinandersetzungen, die zum Teil mit schweren Waffen ausgetragen wurden, weil Arafat gegenüber der libanesischen Regierung hinsichtlich der Räumung wichtiger revolutionärer Stützpunkte im Süden nach einem israelischen Angriff unnötige neue Konzessionen gemacht hatte. Abu Yussuf Al-Kayid, der Kommandeur einer im Süden stationierten Operationseinheit, hatte dagegen - auf die Konsequenzen einer solchen Politik in Hinblick auf die jordanischen Vorfälle hinweisend - energisch protestiert. Ein Versuch der rechten Führung, diese Einheit unter Anklage des Hochverrats aufzureiben, mußte jedoch nach heftigen Kämpfen, als sich eine breite Solidarisierung mit dieser Einheit in den anderen Truppen abzuzeichnen begann, unterbrochen werden und die Führung

war zur Vermittlung über die algerische Botschaft gezwungen und mußte anschließend ihre Anklage zurücknehmen. Im Schutze dieser Auseinandersetzungen konnte sich jedoch den ihr unliebsam gewordenen führenden Kader, Hamdam, abschieben und loyale Elemente an seine Stelle setzen.

Das neue Abkommen

Obwohl uns noch keine genauen und zuverlässigen Informationen über die Ergebnisse der Waffenstillstandsverhandlungen vorliegen, scheint die rechte Führung der El-Fatah bei den letzten Kämpfen im Libanon eine ähnlich verräterische Rolle gespielt zu haben, wie in Jordanien vor drei Jahren. Laut Presseberichten (Süddeutsche Zeitung, 9. Mai) hat Arafat die ersten Waffenstillstandsgespräche im Alleingang mit den libanesischen Reaktionären geführt und ist dabei unzulässige Kompromisse eingegangen. Die anderen Organisationen, darunter die Demokratische Volksfront (FPDLP), die zum großen Teil die Kämpfe getragen hat, haben sich geweigert, die von Arafat getroffenen Abmachungen zu akzeptieren. Nayef Hawatmeh (FPDLP) verweigerte zwei Mal seine Unterschrift unter Waffenstillstandsvereinbarungen. Erst beim dritten Mal, am 18. Mai, nachdem die libanesischen Reaktionäre in wesentlichen Punkten nachgegeben hatten, unterschrieben Arafat, Habbasch und Hawatmeh gemeinsam die Vereinbarungen. Der Inhalt dieser Vereinbarungen wurde bisher noch nicht veröffentlicht. Da es der libanesischen Armee jedoch nicht gelungen ist, die Palästinenser entscheidend zu schwächen oder zu schlagen, ist zu erwarten, daß der neue Vertrag nur unwesentliche Modifikationen des Kairoer Abkommens von 1969 enthalten wird. Die libanesischen Reaktionäre werden, wenn sie die palästinensische Widerstandsbewegung entscheidend schlagen wollen, entweder direkt mit den Israelis vorgehen müssen oder – wie schon einmal gegen die Opposition im eigenen Land – mit direkter militärischer Unterstützung der USA.



Frauen in China

Am 8.März wurde in allen sozialistischen Ländern der internationale Tag der arbeitenden Frau gefeiert. Auch in einigen kapitalistischen Ländern wie in Frankreich und Italien, ist in der Arbeiterbewegung der Tag der arbeitenden Frau als ein Kampftag lebendig. In Österreich ist dieser Kampftag der werktätigen Frauen jedoch vollkommen in Vergessenheit geraten und offiziell durch den von den Faschisten eingeführten"Muttertag"ersetzt worden, der jährlich im Mai begangen wird, dies, obgleich ein immer größerer Teil der Frauen arbeitet. In dieser Durchsetzung des"Muttertages"kommt zum Ausdruck, daß es den Herrschenden gelungen ist, in der Arbeiterklasse das Wissen von der Unterdrückung und Kampfkraft der werktätigen Frauen weitgehend auszulöschen. Bedeutet die Feier der Frauen als Mütter nun eine gesellschaftliche Anerkennung der Tatsache, daß die Frauen Kinder zur Welt bringen und diese großziehen? Das Gegenteil ist der Fall. Mit der Verherrlichung der Frau als Mutter im Kapitalismus wird nur die Jahrtausende alte Entrechtung, Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen als Haussklavinnen gefeiert, die ihre besondere Ausbeutung in den Fabriken rechtfertigen und verschleiern soll.

Die Unterdrückung und Entrechtung der Frauen als Haussklavinnen, die die Geschichte der Frauen zu einer Leidensgeschichte der Unterdrücktesten der Unterdrückten gemacht hat, ist, so alt sie auch immer ist, nicht durch die besondere Natur der Frauen bestimmt, sondern eine Folge der Herausbildung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und mit der Herausbildung von Klassen in der Gesellschaft, von Herrschenden und Beherrschten, verbunden. Ursprünglich hatte die Tätigkeit der Frauen im Hause, die Verwaltung der Vorräte, die Versorgung der Kinder, den Frauen Ansehen und Einfluß verschafft. Doch dieses Ansehen kehrte sich in Erniedrigung und Unterdrückung, als auf der Grundlage der Tätigkeit der Männer sich das Eigentum herausbildete und auf der Grundlage des Eigentums die Herrschaft von Menschen über Menschen entwickelte.

Die Frauen wurden von der Produktion und dem Besitz an Produktionsmitteln abgeschnitten, welche die Bedingung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Kampf und die Grundlage politischer Herrschaft bildete. Die wenigen Frauen, die politische Bedeutung erlangten, veränderten nichts an dem grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnis der Frauen. Die Jahrtausende währende Haussklaverei, die in der Geringschätzung der Frauen, ihrer Rechtlosigkeit und Unterordnung unter die Männer in Erscheinung tritt, konnte erst in dem Augenblick durchbrochen werden, in dem die Frauen massenhaft an der produktiven Arbeit teilnehmen konnten. Diese Revolution vollzog sich im Kapitalismus. Aber der Kapitalismus, zugespitzteste und letzte Form der Klassengesellschaft, verwandelte die Masse der Haussklavinnen in die Masse der Lohnsklavinnen. Der Kapitalismus befreite die Frauen von der Haussklaverei, um sie in die Ketten der Ausbeutung in der Fabrik zu legen. Die große Industrie mit ihren Maschinen verschaffte den Kapitalisten die Möglichkeit, die Rechtlosigkeit und gesellschaftliche Geringschätzung der Frauen auszunutzen, um aus diesem Heer der Wehrlosen durch niedrigste Löhne ungeheure Profite zu ziehen. Aber gleichzeitig schuf dieselbe Industrie erstmals die Bedingungen für die endgültige Befreiung der Frauen. Weil die Unterdrückung der Frauen ein Produkt der Klassengesellschaft ist, die Frauen in allen Klassengesellschaften der Geschichte zu den Unterdrückten zählten, ist ihre Befreiung nur durch den Sturz jeder Ausbeuterordnung möglich. Der Befreiungskampf der Frauen richtet sich gegen jede Form der Klassenherrschaft. Im Kapitalismus jedoch sind erstmals die Bedingungen herangereift für die Beseitigung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung, für den Sturz jeder Klassenherrschaft, für die Befreiung der ganzen Menschheit. Denn der Kapitalismus vollzieht die radikalste Klassenspaltung in Ausbeuter und ausgebeutete Proletarier, in die Besitzer an Produktionsmitteln und in die besitzlosen Produzenten, zu denen die Masse der Frauen gehört. Damit verbindet sich der Befreiungskampf der Frauen unlösbar mit dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse, mit dem Kampf um den Sozialismus.

Am Beispiel der Befreiung der Frauen in China wird diese allgemeine Lehre des Marxismus Wirklichkeit.

DIE LAGE DER CHINESISCHEN FRAUEN VOR DER BEFREIUNG

Die Erniedrigung und Unterdrückung der Frauen durch die Jahrtausende alte Knechtschaft, die in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern in der allgemeinen Geringschätzung der Arbeit der Frauen, in der Geringschätzung, die die Frauen über sich selbst haben, in der rechtlichen Benachteiligung der Frauen, z. B. bei dem Recht auf Arbeit und vielem mehr in Erscheinung treten, waren in China vor dem Sieg der Revolution 1949 durch die Vorherrschaft des Feudalismus in den fast ungebrochenen Formen der Haussklaverei erhalten. Die chinesischen Frauen wurden wie Lasttiere gehalten. Ihre einzige Aufgabe bestand darin, zu heiraten, Söhne zu gebären, der Lust der Männer zu dienen und im Hause zu arbeiten. Zu diesem Zweck wurden sie von ihren Familien an die Familie des Mannes verkauft, wie die Sklaven der Sklavenhal-

tergesellschaft. Und wie die Sklavenhalter konnten die Männer und deren Familien über Leib und Leben der Frauen verfügen. Tägliche Prügel, niederste Arbeit und keinerlei Rechte kennzeichneten die Lage der Frauen. Die Frauen hatten kein Recht, sich gegen die täglichen Mißhandlungen zu wehren, sie durften in den Familien nicht mitreden. Sie hatten kein Recht auf Liebe. Das Haus durften sie niemals verlassen. Deshalb wurden die Füße der Frauen eingebunden, um ihnen ein Fortlaufen unmöglich zu machen.

Umgekehrt hatten die Männer und ihre Familien das Recht, eine Frau, die sich widersetzte, floh oder gar Beziehungen zu einem Mann aufnahm, den sie liebte, zu töten. Witwen durften nicht wieder heiraten. Nahmen sie Beziehungen zu einem Mann auf, konnten sie ebenfalls von der Familie ihres verstorbenen Mannes getötet werden. Auf der anderen Seite konnten sich die Männer wohlhabenderer Familien mehrere Frauen zulegen. Morde und verzweifelte Selbstmorde der Frauen begleiten die Geschichte der versklavten und entrechteten Frauen. Ihre Rechtlosigkeit und Geringschätzung kam schon bei der Geburt zum Ausdruck. Viele weibliche Säuglinge wurden nach der Geburt ertränkt, viele starben in den folgenden Jahren an Unterernährung. Von der Arbeit außerhalb des Hauses waren die Frauen, bis auf die Frauen der ärmsten Bauern, abgeschnitten. Wollten sie der Hölle der Haussklaverei entfliehen, blieb ihnen im wesentlichen nur der Weg in die Prostitution. Viele Frauen träumten davon, lieber ein Hund zu sein, als ein Mensch, weil sie als Hunde wenigstens das Recht gehabt hätten, frei herumzulaufen. Viele chinesische Sprichwörter und Bräuche halten die gesellschaftliche Stellung der Frauen im alten China vor der Revolution fest. So bestand ein Teil der Hochzeitszeremonie darin, daß die Braut, wenn sie in das Haus ihres Bräutigams geführt wurde, unter einem Sattel hindurchkriechen mußte, um so ihre Unterwürfigkeit zu zeigen und ihre Absicht zu bekunden, wie ein Lasttier zu arbeiten. In der Weltanschauung der Chinesen stellte die Erde das weibliche Element dar, der Himmel das männliche. Mit der Erde verbunden waren Dunkelheit, Dummheit, Inaktivität und Unterwerfung. Die Männer waren der Himmel: hell, klug, aktiv, initiativ, überlegen.



Bis zum Beginn unseres Jahrhunderts wurden den chinesischen Frauen die Füße verkrüppelt.

DIE FRAUEN SIND DER HALBE HIMMEL

Die chinesischen Frauen konnten ihre Lage nur verändern, indem sie den Kampf gegen das gesamte System feudaler reaktionärer Unterdrückung aufnahmen, gegen die Feudalherren und Imperialisten, die sich auf das Feudalsystem stützten. Ihre Befreiung konnte sich nur im revolutionären Kampf vollziehen, wie umgekehrt die Revolution der armen Bauern unter der Führung der chinesischen Arbeiterklasse nur erfolgreich sein konnte, wenn sich die Massen der unterdrückten Frauen am revolutionären Kampf beteiligten. Die Geschichte der chinesischen Revolution ist zugleich die Geschichte des mutigen revolutionären Kampfes der unterdrückten Frauen, die die revolutionäre Armee unterstützten, ihre Männer davon überzeugten, am revolutionären Kampf teilzunehmen und die sich selber als "Rote Frauenbataillone" in den bewaffneten Kampf einreihten. In ihrer Teilnahme am revolutionären Kampf und in der Aufnahme der Produktion, um die Männer, die sich der revolutionären Armee anschlossen, zu unterstützen, durchbrachen die Arbeiterinnen und die Frauen der kämpfenden armen Bauern die Fesseln der Haussklaverei und wiesen der Mehrheit der chinesischen Frauen den Weg ihrer Befreiung.

Dieser Weg war schwierig und voller Widersprüche, weil er die Vorstellungen des Volkes über die Rolle der Frauen vollständig umwälzen mußte. Die Männer und die Frauen mußten in gleicher Weise lernen, daß sie gleichberechtigt und gleich fähig sind, daß die Frauen mit den Worten Mao Tsetungs "der halbe Himmel", und die Männer die andere Hälfte des Himmels sind. Die Frauen mußten sich die demokratischen Rechte, die Gleichberechtigung zu produktiver Arbeit, die gleichen Rechte in der Ehe im revolutionären Kampf erkämpfen, wie umgekehrt die Männer bis hin zu den armen Bauern, bis hin zu den revolutionären Kadern der kommunistischen Partei, lernen mußten, auf ihre Privilegien im Hause zu verzichten und die Frauen als gleichberechtigt anzuerkennen. Dieser Kampf war langwierig, aber gemessen an der tausendjährigen Leidensgeschichte der unterdrückten Frauen ein gewaltiger Sprung in der Geschichte der Menschheit.

DIE ARBEITERKLASSE UNTER FÜHRUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI UNTERSTÜTZT UND LEITET DEN KAMPF DER FRAUEN

Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung unter Führung der Kommunistischen Partei (7 Monate nach Bildung der revolutionären Regierung) bestand in der Durchführung eines neuen Ehegesetzes, das den Frauen die Gleichberechtigung in der Ehe garantierte. Dieses Gesetz stützte sich auf das bereits 1936 im Bürgerkrieg für die befreiten Gebiete erlassene Ehegesetz. Dieses Gesetz verbot den Kauf und Verkauf von Ehefrauen und Konkubinen (Nebenfrauen), es stellte die Eheschließung auf eine freie Basis der gegenseitigen Übereinstimmung, es erlaubte den Witwen, wieder zu heiraten. Es regelte die gesetzliche Anerkennung aller Kinder. Es erlaubte die Scheidung auch für die Frauen. Es regelte die Eigentumsverhältnisse zu gleichen Teilen und die gesetzliche Verpflichtung beider Teile zur Versorgung der Kinder bei Scheidung.

Doch alle diese Rechte blieben ein Fetzen Papier, wenn die Staatsmacht zusammen mit den Frauen sie nicht wirklich bis in das letzte Dorf hinein auch durchsetzte. Der Kampf zur Durchsetzung der Rechte der Frauen gegenüber den Männern, die Umkehr der feudalen Ideologien, die selbst in den Köpfen der armen Bauern spukten, mußte gegen die Bauern, ja häufig gegen die Dorfkader geführt werden, die das neue Ehegesetz zuweilen in ihren Schubladen versteckten, damit die Frauen nichts davon erführen.

Noch 1952 starben in einer Provinz über 500 Frauen durch Mord oder Selbstmord bei dem Versuch, ihre von der Regierung erlassenen Rechte durchzusetzen. Dieser Kampf der Frauen konnte nur organisiert gewonnen werden. Deshalb organisierten die Kommunisten in allen Dörfern Frauenbünde. 1953 waren die Hälfte der erwachsenen chinesischen Frauen in revolutionären Frauenorganisationen zusammengeschlossen und führten den Kampf um ihre Befreiung als einen

Teil des Befreiungskampfes der Mehrheit des chinesischen Volkes. 30 % der Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas waren zu dieser Zeit Frauen. In ihrem demokratischen Kampf um gleiche Rechte vergaßen die Frauen nie, daß sie ihre Befreiung dem Sturz der alten Ausbeuterordnung und der Errichtung einer neuen klassenlosen Gesellschaft verdankten. wie sie umgekehrt ihre ganze Kraft, die sie durch die Befreiung aus den Fesseln der Haussklaverei erlangten, in den Dienst der chinesischen Revolution stellten.

DIE HÄUSLICHEN ARBEITEN DER FRAUEN WERDEN VON DER GESELLSCHAFT ÜBERNOMMEN

Die Teilnahme der Frauen am Klassenkampf und am Produktionskampf löste natürlich nicht den Widerspruch, daß die Frauen nach wie vor von den Aufgaben im Hause, von der Geburt und der Erziehung der Kinder belastet waren. Die Aufgabe, die Frauen von diesen zusätzlichen Lasten zu befreien und ihnen gleiche Bedingungen für die Teilnahme am gesellschaftlichen Kampf zu schaffen, konnten auch nicht auf einmal gelöst werden. Doch während im Kapitalismus sich die Lage der Arbeiterinnen, ihre zusätzliche Belastung durch die Aufgaben der Reproduktion im Hause, nicht grundsätzlich verändern kann, weil diese wichtigen gesellschaftlichen Arbeiten nur Kosten verursachen aber keinen Gewinn bringen, sind unter dem Sozialismus erstmals die Bedingungen vorhanden, daß die Gesellschaft diese Aufgaben der Frauen übernimmt.

Während die Arbeiterinnen im Kapitalismus neben der ermüdenden Arbeit am Fließband ständig noch die verantwortungsvolle Aufgabe der Versorgung des Hauses und der Kinder zu bewältigen haben und beides den Frauen kaum Zeit läßt, über ihre Lage nachzudenken und den Kampf zusammen mit den Arbeitern aufzunehmen, haben die werktätigen Frauen und Männer im sozialistischen China erkannt, daß die Frauen ihre ganze Kraft und Initiative nur voll in den Dienst der Revolution stellen können, wenn sie in der häuslichen Arbeit und in der Erziehung der Kinder entlastet werden. Durchsetzen konnten sie die Vergesellschaftung dieser Aufgaben jedoch nur, weil die Arbeiterklasse und die Bauern die politische Macht errungen und den gesamten gesellschaftlichen Reichtum in ihre Verfügungsgewalt genommen haben.

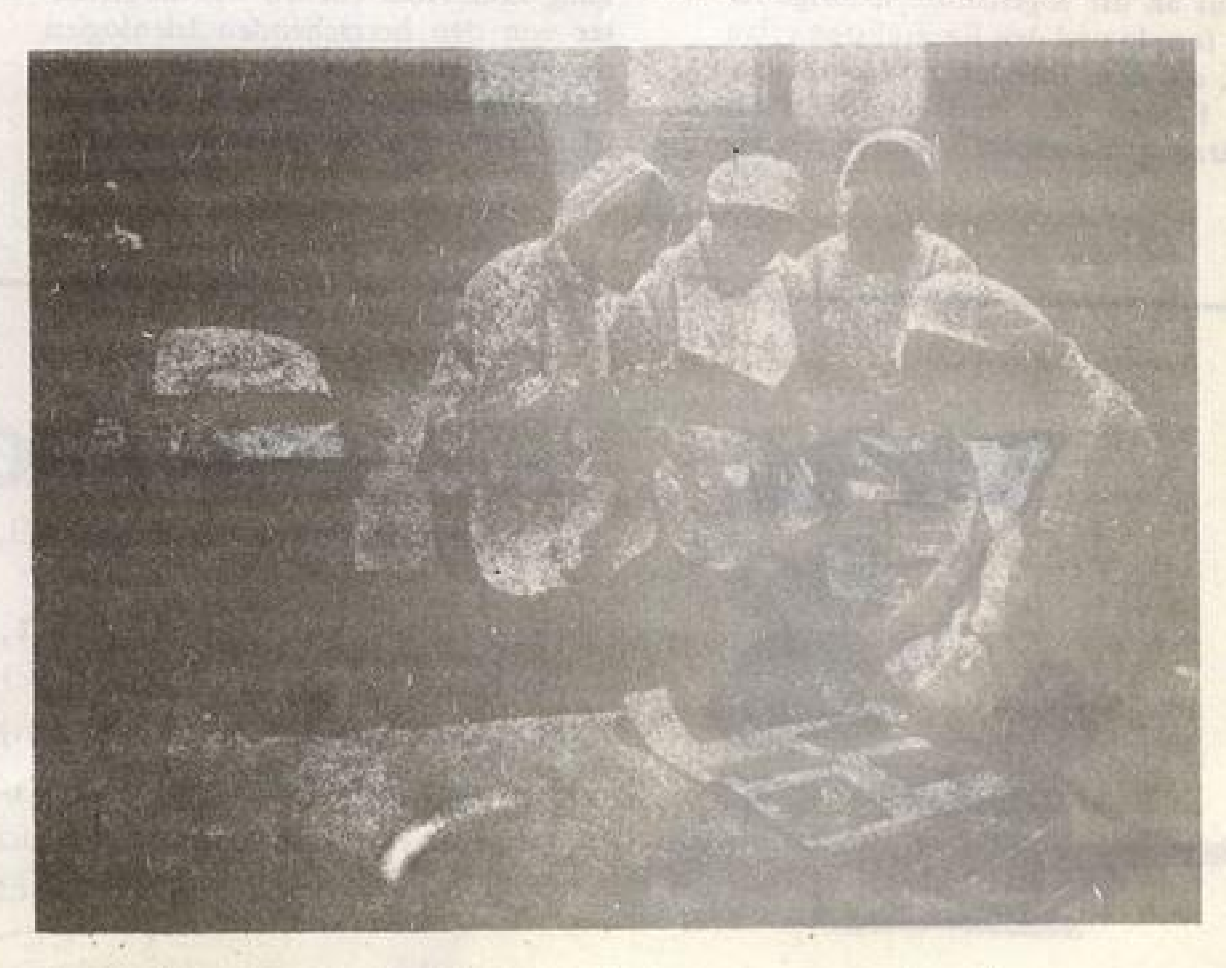
Überall in den Fabriken Chinas und in den Volkskommunen auf dem Lande werden Kantinen und Volksküchen mit billigen Mahlzeiten eingerichtet, so daß die Frauen von dem größten Teil der Küchenarbeiten befreit sind. Die Frauen, die Kinder haben, werden nicht mehr hin- und hergerissen zwischen ihrer Arbeit und der Sorge um ihre Kinder. Jeder Betrieb in China verfügt über eine Kinderkrippe, die Kinder vom 56. Tag bis zum 7. Lebensjahr versorgt, ärztlich betreut und erzieht. Die Kinderkrippen sind jedoch nicht von der Art staatlicher Verwahrungsstätten, wie sie die arbeitenden Frauen im Kapitalismus kennen, in die sie nur mit Schrecken und Sorge ihre Kinder stecken. Die Kinderkrippen der Betriebe unterliegen der Kontrolle und Beaufsichtigung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Während der Arbeit können die Mütter ihren Arbeitsplatz verlassen und ihre Kinder aufsuchen, während der Säuglingszeit zweimal, um ihre Kinder zu stillen.

Die Frauen werden durch ihre Besonderheit, Frauen zu sein, nicht länger benachteiligt. Schwangerschaften und Geburten führen nicht zu Akkordverlusten (#Akkordsysteme sind in China ohnehin abgeschafft#) oder gar zum Verlust des Arbeitsplatzes. Im Gegenteil. Schwangere Frauen erhalten eine leichtere Arbeit. 56 bis 70 Tage nach der Geburt bleiben sie von der Arbeit freigestellt; aber auch danach erhalten sie vorerst eine leichtere Arbeit. Niemals verlieren sie durch die Geburt eines Kindes ihren alten Arbeitsplatz oder ihren alten Lohn.

Die Frauen in China werden vor der Belastung zu frühzeitiger und häufiger Geburten geschützt. Das Volk wird über Verhütungsmittel aufgeklärt und Abtreibungen sind nicht nur legal, sondern auch einfach und kostenlos. Während der Menstruation wird ebenfalls den Frauen eine leichtere Arbeit zugewiesen. Schließlich beträgt die Arbeitszeit der Frauen mit Rücksicht auf den Haushalt nicht acht Stunden, sondern in der Regel vier bis sechs Stunden. Alle diese Bedingungen, die die besondere Lage der Frauen berücksichtigen, ohne die Frauen zu diskriminieren, sind nur deshalb möglich, weil sich im sozialistischen China der Grundsatz der Gleichwertigkeit jeder Arbeit durchsetzt.

ALLE ARBEITEN STEHEN IM DIENSTE DER REVOLUTION UND SIND GLEICH WICHTIG

Im Sozialismus ist erstmals die Bedingung gegeben, die Gleichheit in der Bewertung der Arbeit und die Gleichheit in der Entlohnung aller Arbeitenden durchzusetzen. Dieser revolutionäre Vorgang hat besondere Auswirkungen für die Bewertung der Arbeit der Frauen. Gilt Frauenarbeit im Kapitalismus grundsätzlich als niedrige Arbeit , sind die Frauen grundsätzlich schlechter bezahlt, so haben die werktätigen Frauen und Männer in China in der Kulturrevolution ein Arbeitsbewertungssystem durchgesetzt, das jede Art von Arbeit, körperlich schwere oder leichtere, qualifizierte oder weniger qualifizierte Arbeit einander gleichstellt. Von dem revolutionären Bewußtsein getragen, daß jede Arbeit für den Aufbau des Sozialismus und den Sieg der Revolution von Wichtigkeit ist und daß jeder seine ganze Kraft diesem Ziel unterordnet, haben die revolutionären Massen durchgesetzt, daß nicht mehr körperliche Kraft und Qualifikation, sondern die Ausübung einer Tagesarbeit bewertet wird. Da die Frauen zu körperlich besonders



Ein Raum in der Fabrik, wo sich Schwangere ausruhen können

schwerer Arbeit nicht herangezogen und häufig auch noch weniger qualifiziert sind, wird ihre Arbeit durch dieses Bewertungssystem dem der Männer gleichgestellt. Dasselbe gilt auch für alte Leute. Stattdessen geht in die Bewertung Sorgfalt und politisches Verantwortungsbewußtsein sowie Erfahrung mit ein. Die Einstufung und Bewertung der Arbeit wird von den Arbeitern und Arbeiterinnen auf Versammlungen gemeinsam beraten und festgelegt, nachdem jeder selber vorgeschlagen hat, wie hoch er seine Arbeit einschätzt. Die niedrigere Punktbewertung der Frauenarbeit kommt so lediglich noch dadurch zustande, daß die Frauen kürzer arbeiten als die Männer. Aber im Zuge der zunehmenden Vergesellschaftung der häuslichen Arbeiten gleichen sich die Arbeitstage von Männern und Frauen an.

DIE BEFREIUNG BEWIRKT EINE REVOLUTION DER KRAFT UND FÄHIGKEITEN DER FRAUEN

Während die Frauen durch die Fesselung an das Haus, die Unterdrückung und Entrechtung, Fähigkeiten zu entwickeln gar nicht in der Lage waren; im Gegenteil sich den Frauen fest der Glaube an ihre Unfähigkeit zu produktiver Arbeit in ihrem Bewußtsein als eine natürliche Unfähigkeit befestigte, hat die Teilnahme der Frauen an der Revolution und ihre Gleichberechtigung in der Produktion die Vorurteile von der Minderwertigkeit, Dummheit, Schwäche und Unfähigkeit der Frauen gründlich umgewälzt. Während genau jene Vorurteile die Frauen im Kapitalismus an die sogenannte niedrige Arbeit fesseln und den Kapitalisten erlauben, aus dem Inferioritätsbewußtsein der Frauen (der geringen Selbsteinschätzung) Extraprofite durch niedrigste Löhne zu ziehen, widerlegen die Frauen Chinas diese Vorurteile praktisch. In China gibt es keine Tätigkeit, welcher Art und Qualifikation sie auch immer sei, die nicht von den chinesischen Frauen bewältigt wird. Frauen arbeiten nicht nur Seite an Seite mit den Männern, die Frauen haben besondere Initiative und Fähigkeiten in der Errichtung neuer Produktionen und der Entwicklung neuer Produktionsverfahren gezeigt.

Weil sich die Frauen als die Unterdrücktesten der Unterdrückten erhoben und befreit haben, sind es auch die Frauen, die ein besonders revolutionäres Bewußtsein und eine besondere revolutionäre Wachsamkeit gegenüber allen Tendenzen von Privilegierung, opportunistischem Verhalten und allen Formen bürgerlichen Denkens und Verhaltens entwickelt haben. Deshalb standen die arbeitenden Frauen in der Kulturrevolution in der vordersten Front im Kampf zweier Linien, rücken sie auch in die Funktionen politisch leitender und vorbildlicher Kader auf.

Als ehemals Unterdrückteste der Unterdrückten leiten sie auch den Kampf für die vollständige Durchsetzung der Gleichheit in den Beziehungen zwischen den Männern und Frauen an. Die Besitzlosigkeit und Ausbeutung, die Arbeiter und Arbeiterinnen im Kapitalismus gleichstellen, bringt zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit die Bedingungen für die Gleichheit der Geschlechter und für wahrhaft menschliche, wirkliche Liebesbeziehungen hervor, die frei von Besitzstreben, Egoismus und Unterdrükkung sind. Aber ebenso wie die Arbeiter von den herrschenden Ideologien der Bourgeoisie im ganzen nicht frei sind, übernehmen sie auch die alten Ideologien von der Minderwertigkeit der Frauen, Ideologien, die materiell in der Arbeiterklasse bereits aufgehoben sind. Auch im Sozialismus, durch den die Arbeiterklasse sich selbst und damit zugleich die ganze Menschheit von Unterdrückung und Ausbeutung befreit, verschwinden die alten Anschauungen nicht von alleine. Vielmehr bedarf es des ständigen ideologischen Kampfes, um die alten Anschauungen zu überwinden. Das gilt natürlich auch für die Anschauungen über das Verhältnis zwischen Mann und Frau in der Ehe. Aber unter den Bedingungen des Sozialismus und der Anleitung der kommunistischen Partei Chinas führen die Massen den ideologischen Kampf um die Überwindung feudalen und bürgerlichen Denkens, das aus den alten Klassengesellschaften stammt, der auch der vollständigen Durchsetzung neuer Beziehungen zwischen Männern und Frauen, der Beziehungen der gegenseitigen Anerkennung und Achtung, der gegenseitigen Unterstützung und Solidarität zum Siege verhilft.

(aus "Wahrheit" 4/73)

